Anhang **182.6** zum Text 182.0

Vom Verrat der Demokratie und Ökonomie

von den Linken, den Mittigen und den Rechten,
die alle glauben, das politisch Richtige zu erkennen und zu tun

Tristan Abromeit

Ende 2025

0000000000000000000000000000000000000000000000000000000

Bundeszentrale für politische Bildung

Zerstörung der Demokratie 1930-1933

23.12.2011
von

Reinhard Sturm

Auszug und Link

00000

Inflation und Deflation zerstören die Demokratie

von

Gerhard Ziemer

1971

Auszüge

Buchbesprechung von

Helmut R. Külz

DIE ZEIT 26. Mai 1972

Teil 2, weil ich die getrennten Daten sich nicht stapeln ließen.

Übersicht und Fragen

Von den vierzehn Jahren der Weimarer Republik waren fünf Jahre eine Zeit der Inflation und fast vier eine Zeit der Massenarbeitslosigkeit, beides fortgeführt bis an äußerste Grenzen, die das soziale Leben in einen Zustand der Auflösung brachten. Die Inflation endete im November 1923 bei einer Entwertung der Mark auf ihren billionsten Teil. Die deflationistische Wirtschaftskrise, die 1929 begann, hatte ihren Höhepunkt im Winter 1932/33 mit über sechs Millionen Vollarbeitslosen, Millionen Kurzarbeitern und fast einer Halbierung der deutschen gewerblichen Güterproduktion gegenüber dem letzten Jahr vor der Krise. Die Zwischenjahre von 1924 bis 1929 mit einem einigermaßen normalen Wirtschaftsablauf hatten, vergleichbar dem Wirtschaftsaufschwung in der Bundesrepublik nach der Währungsreform von 1948, sehr schnell zu einer Leistungssteigerung auf allen Gebieten geführt, obwohl die deutsche Wirtschaft auch in diesen Zwischenjahren bei ein bis zwei Millionen Arbeitslosen noch nicht auf vollen Touren lief. Im Jahre 1928 hatte die industrielle Produktion in Deutschland schon wieder den Vorkriegsstand von 1913 erreicht. Die Landwirtschaft erzeugte 1928 sogar mehr als vor dem Ersten Weltkrieg. Die Bauwirtschaft lieferte jährlich (1928 und 1929) über 300 000 Wohnungseinheiten. Das alles fand dann in der Deflationskrise ein schnelles Ende.

Die Geschichtsschreiber über die Weimarer Epoche müssen sich mit diesen großen Wirtschaftskrisen auseinandersetzen, die neun von den vierzehn Jahren der Weimarer Zeit ihren Stempel aufdrückten. Für die damals lebenden Deutschen waren die wirtschaftlichen Verhältnisse die Realität ihres Lebens. In der Ausdrucksweise der marxistischen Geschichtsauffassung waren sie die ökonomische Grundlage für den politischen Überbau. Da es sich bei beiden Krisen um Währungskrisen handelte, also nicht um ungünstige Zustände auf Teilgebieten der Güterseite, wie

etwa bei Strukturkrisen in der Landwirtschaft oder im Kohlenbergbau, bei Kriegsverwüstungen und Mißernten, waren die Krisen auch nicht gebiets- und bevölkerungsmäßig begrenzt. Sie veränderten die Lebensverhältnisse für die ganze deutsche Bevölkerung. Bei der Geldentwertung der fünfjährigen Inflation ist dies ohne weiteres klar, weil jeder täglich mit Geld umgehen mußte. Aber auch bei der Deflationskrise war schließlich das ganze Volk bis auf wenige Ausnahmen betroffen. Außer dem Heer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, die mit den Familienangehörigen über ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachten, bedrohte die Deflationskrise auf ihrem Höhepunkt fast alle Unternehmer in Gewerbe, Landwirtschaft und Industrie.

Daß ein Zusammenhang zwischen den Wirtschaftskrisen und den politischen Abläufen der Weimarer Zeit besteht, ist offensichtlich. Der Zusammenhang wird auch in der umfangreich gewordenen Geschichtsschreibung über die Weimarer Republik als bestehend behandelt. Schon ein Blick auf den Kalender zwingt den Historiker zu solchen parallelen Betrachtungen. Der Marsch zur Feldherrnhalle am 9. November 1923 und das non plus ultra der fünfjährigen Inflation, als das milliardenhaft entwertete Papiergeld für die nun schon täglich notwendigen Lohn- und Gehaltszahlungen nicht mehr herangeschafft werden konnte und überall von größeren Betrieben und Gemeinden Notgeld gedruckt wurde[1], fallen zeitlich zusammen. Ein oder zwei Monate später, mit Beginn des Jahres 1924, als die neue stabile Renten- und Reichsmark die Arbeiter und Angestellten an den wieder begehrten Arbeitsplätzen festhielt und es auch den Studenten sinnvoller erschien, bald Examen zu machen, statt als Zeitfreiwillige in der Nähe der Gulaschkanonen herumzustehen, war es weder in Bayern noch in Sachsen und im Ruhrgebiet möglich, Massenkolonnen hinter roten Fahnen mit und ohne Hakenkreuz auf die Straße zu führen. Es wurde dies auch nicht mehr versucht.

Auch der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit neun Jahre später im Winter 1932/33 und der Fackelzug zur Reichskanzlei im Ja-

1 Es gab schließlich über 60 000 Notgeldarten; 1700 Druckereimaschinen arbeiteten im Herbst 1923 in drei Schichten für den Druck des deutschen Papiergeldes.

nuar 1933 sind zeitliche Parallelen. Ebenso der Wirtschaftsaufschwung in den guten Jahren von 1924 bis 1928 und der Rückgang der Zahl der nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten bis auf zwölf im Jahre 1928. Hätte es damals das gleiche Wahlrecht für den Reichstag gegeben wie heute für den Bundestag und nicht das reine Verhältnis-Wahlrecht, so hätte die NSDAP bei der Reichstagswahl 1928 mit 810 000 Stimmen, die etwa 2,6 Prozent der abgegebenen Stimmen ausmachten, trotz achtjähriger Propaganda überhaupt keinen Abgeordneten mehr im deutschen Reichstag gehabt. Aus diesen 810 000 nationalsozialistischen Wählern wurden dann bis zum Sommer 1932 rund vierzehn Millionen, in einer Linie, die, wenn man die dazwischenliegenden einzelnen Länderwahlen und die Reichstagswahl von 1930 mit heranzieht, parallel zum Wachsen der Krise und der Arbeitslosigkeit verläuft[2].

Für den Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen und den politischen Abläufen in der Weimarer Zeit, der offensichtlich ist, gibt es in der Beurteilung aber recht unterschiedliche Maßstäbe. Man kann die wirtschaftlichen Katastrophen als die Hauptursache oder nur als eine mitentscheidende Ursache für das politische Geschehen ansetzen. Dies wieder unterschiedlich für die politische Entwicklung in den Inflationsjahren und den Deflationsjahren. Man kann hinsichtlich der Krisen selbst davon ausgehen, daß sie als Ergebnis des verlorenen Krieges und des Versailler Friedensvertrages unvermeidbar waren und eben vom deutschen Volk und seiner politischen Führung durchgestanden werden mußten. Man kann für die Krisen aber auch Ursachen annehmen, die weitgehend in deutscher Zuständigkeit lagen. Das läuft dann auf die Frage zu, ob die richtigen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung ergriffen wurden und auf wem innerhalb der politischen und verwaltungsmäßigen Zuständigkeiten – Parteien, Reichsregierung, Reichsbank – die Verantwortung für die Fehlentscheidungen lastet. Schließlich gibt es noch die Frage nach einer Beziehung zwischen den beiden zeitlich nur fünf Jahre auseinander liegenden Krisen der Inflation und der Defla-

2 Anteile der NSDAP bei den Landtagswahlen in Sachsen am 12. 5. 1929 = 5 Prozent, in Baden am 7. 9. 1929 = 7 Prozent, in Thüringen am 8. 12. 1929 = 11,3 Prozent, bei den Reichstagswahlen im Herbst 1930 schon 18,3 Prozent.

tion. Wird der Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen und den politischen Abläufen ohnehin nur als gering angesetzt, so verlieren diese weiteren Fragen für den Historiker natürlich an Gewicht. Sie bleiben dann Themen für den Spezialisten der Wirtschaftsgeschichte.

Die Publizisten und Historiker, die über die Weimarer Zeit und das Ende der Weimarer Republik berichten, müssen hier zu einer Klärung ihrer Vorstellungen kommen. Eine eigene wissenschaftlich brauchbare Erinnerung an die Inflationsjahre von 1919 bis 1923 haben unter ihnen nur noch die über Sechzigjährigen, an die große Deflationskrise der Ära Brüning nur noch die fast Sechzigjährigen. Das bedeutet, daß die heutige Geschichtsschreibung über Weimar keine Zeitgeschichte mehr ist, sondern eine auf die üblichen historischen Quellen angewiesene geschichtliche Forschung. Diese Forschung aber stößt, wie die Ergebnisse zeigen, auf Schwierigkeiten.

Der Historiker hat es bei der Beurteilung der Inflations- und Deflationsjahre mit einem Sachverhalt zu tun, der ihm vom Fachwissen her nicht vertraut ist. Die nachträgliche Konstruktion wirtschaftlicher Verhältnisse ist seit jeher nicht die Stärke der Geschichtsschreibung. Die antiken Historiker lassen uns hierbei bekanntlich gänzlich im Stich. Staatsrechtliche Grundlagen, Kriege, außen- und innenpolitische Ereignisse werden von ihnen sorgfältig geschildert. Wir wissen aber bis heute trotz ganzer Bibliotheken nachträglicher griechischer und römischer Geschichte nichts Sicheres über das tägliche Leben in der Antike, die Einwohnerzahlen der antiken Städte und Provinzen, das Zahlenverhältnis von Freien und Sklaven, die Produktionskraft der damaligen Wirtschaft, den Waren- und Geldverkehr usw. Das festzuhalten erschien den antiken Quellen, auf die wir angewiesen sind, als zu profan. Das gleiche gilt in Fortsetzung dieser Tradition, wonach die Geschichtsschreibung es vor allem mit der Aufzeichnung und Ausdeutung von Staatsakten und Kriegen zu tun hat, für die Chroniken des Mittelalters und auch noch weitgehend für die Geschichte der Neuzeit. Dies ist jedenfalls in der westlichen Welt die Übung. Die marxistische Geschichtsschreibung zeigt zwar ein Bild von der Vergangenheit der Völker, bei dem die wirtschaftlichen Verhältnisse eine entscheidende Rolle spielen, auf das wir aber aus anderen Grün-

4

den mit Befremden blicken. Dort sind für die römische Geschichte nicht die Punischen Kriege und Cäsar die großen Themen, sondern die Bodenreform der Gracchen und der Sklavenaufstand des Spartakus.

Sind also schon im allgemeinen volkswirtschaftliche Analysen für den Historiker eine ungewohnte Aufgabe, so bieten die Wirtschaftskrisen der Weimarer Zeit, die als Geschichtsstoff dieser Epoche mit aufzuklären sind, ganz besondere Schwierigkeiten, so nahe sie auch zurückliegen und noch in allen Daten vorhanden sind. Es handelt sich bei ihnen um keine statistischen Verhältnisse, sondern um dynamische Veränderungen. Hier soll der Geschichtsschreiber über die Rätsel von plötzlich einbrechenden Währungs- und Wirtschaftskrisen, die alles Gewohnte auf den Kopf stellten, zutreffend berichten. Es liegt deshalb nahe, daß er sich mit Hinweisen auf die Krisen begnügt und die politischen Ereignisse als eine Kausalkette in sich untersucht.

Konkret gesprochen heißt das, daß der Kapp-Putsch des Jahres 1920 und der Hitler-Putsch vom November 1923 auf ihre politischen und militärischen Anführer und deren Ideologien zurückgeführt werden, während die uferlos fortschreitende Inflation, die der große Unruhestifter auch für diese Ereignisse war, nach Ursache und Wirkung nicht erforscht wird. Aber die Frage, die sich dem Historiker stellt, lautet doch, warum Lüttwitz und Kapitän Ehrhardt im März 1920 und Hitler und Röhm im November 1923 etwas unternehmen konnten, was sie schon 1924 oder gar 1928 nicht mehr hätten unternehmen können. Für die parlamentarische Not der Ära Brüning und der Regierungen Papen und Schleicher ist das historisch Gewichtige die Entstehung dieser parlamentarischen Not. Wieder konkret gefragt: Wie konnten aus 810 000 nationalsozialistischen Wählern des Jahres 1928 in vier Jahren vierzehn Millionen werden? Die nationalsozialistischen Parolen und ihr oberster Verkünder Adolf Hitler waren doch 1928 wie 1932 die gleichen; und was hätte man spätestens nach 1930 tun müssen, damit die Millionen nationalsozialistische und kommunistische Stimmen wieder zurückgingen?

Die Publizisten, die sich vornehmlich an die politischen Abläufe halten und dadurch dem Zwang ausweichen, die zu Katastrophen ausartenden wirtschaftlichen Verhältnisse der Wei-

marer Zeit dem heutigen Leser genau erklären zu müssen, haben hierbei die historischen Quellen für sich, wenn man in üblicher Weise unter historischen Quellen die Berichte und Erinnerungsbücher der damals verantwortlichen Politiker und Verwaltungsspitzen versteht. Diese »Quellen« sind es nun, die dem Historiker neben der Fremdheit des volkswirtschaftlichen Stoffes die Hauptschwierigkeit bereiten. Er muß sie, will er kritisch und wahr berichten, fortwährend richtigstellen. Er kann für die fünf Jahre der uferlosen Inflation weder die Ansichten des damaligen Reichsbankpräsidenten Havenstein noch für die Jahre der Deflation und der Massenarbeitslosigkeit die Memoiren des Reichsbankpräsidenten Luther bestehen lassen. Und dies, obwohl es sich bei Havenstein und Luther damals um die höchsten deutschen Autoritäten auf dem Gebiet des Geld- und Währungswesens handelte. Gleiches oder doch fast gleiches gilt für die Mehrzahl der anderen politischen Erinnerungsbücher, soweit sie die Erklärung und Bewertung der Krisen betreffen. Diese Bücher sind, beginnend mit dem zuerst 1940 in New York veröffentlichten Buch des preußischen Ministerpräsidenten Braun bis zu dem 1968 erschienenen umfangreichen Bericht des Reichsministers Treviranus über Heinrich Brüning und das Ende von Weimar, und bis zu Brünings Memoiren, Rechtfertigungsschriften. In einem gewissen Sinne sind das zwar alle politischen Memoiren. Die Politiker der Weimarer Regierungsparteien befinden sich hierbei aber in einer besonderen Zwangslage. Auch wenn sie es später bei der Abfassung ihrer Bücher besser wußten als in den Inflations- und Deflationsjahren, müssen sie um die Ursachen und politischen Folgen der Weimarer Wirtschaftskatastrophen herumreden. Eine andere Darstellung ließe den Leser fragen, warum sie als damals verantwortliche Politiker diesen Krisen nicht rechtzeitiger und vor allem erfolgreicher entgegengetreten sind.

Nun gibt es neben dem Historiker, der über die Wirtschaftskrisen der Weimarer Jahre urteilen muß und dabei seine Schwierigkeiten mit den historischen Quellen hat, den heutigen Fachmann, der die Wiederholung von Wirtschaftskrisen, wie sie als Inflation und Deflation die Weimarer Zeit heimsuchten, mit Erfolg verhindert. Dazu gehören die Mitglieder unseres Bundesbankdirektoriums, volkswirtschaftliche Professoren und Gut-

achter, aber auch die Finanz- und Wirtschaftsminister unserer politischen Parteien. Sie lassen jedoch mit ihrem besseren Wissen bisher den Historiker im Stich. Sie begnügen sich damit, es heute richtig zu machen, und haben wenig Neigung, an ihren Amtsvorgängern aus der Weimarer Zeit oder an dem damaligen Kurs ihrer Parteien nachträglich Kritik zu üben. Auch die Bundesbank tut es nicht gegenüber der früheren Reichsbank, jedenfalls nicht öffentlich, obwohl die Ansichten und Entscheidungen der Reichsbankpräsidenten Havenstein und Luther von den heutigen Direktionsmitgliedern der Bundesbank ganz ohne Zweifel als indiskutabel und verfehlt betrachtet werden. Die Bundesbank ist ja heute mit Recht schon auf dem Sprung, wenn auch nur am Horizont die ersten Anzeichen einer Währungs- und Konjunkturverschlechterung sichtbar werden. Der Gedanke, daß die Leitung der heutigen Bundesbank eine fünfjährige Entwertung der DM auf einen fast unnennbaren Teilwert oder eine deflatorische Preissenkung von 35 Prozent mit einem Anschwellen von Arbeitslosenheeren auf über sechs Millionen selbst verursachen oder ohne Protest und Rücktritt mitmachen würde, ist unvorstellbar. Diese Sicherheit ist inzwischen im geld- und konjunkturwirtschaftlichen Wissen eingetreten, aber gewissermaßen unter der Hand und ohne offene Auseinandersetzung mit den Irrtümern und Fehlern der Vergangenheit.

So haben wir den recht absonderlichen Zustand, daß der Historiker, der über Weimar schreibt, von der Quellen-Literatur und den Ansichten der damaligen Autoritäten in die Irre geführt wird und daß diejenigen, die es vom Fach her besser wissen und heute auch besser handeln, sich nicht mit den Fehlern ihrer Amts- und Parteivorgänger aus der Weimarer Zeit auseinandersetzen.

Der Grund für diese Spaltung des historischen und fachlichen Bewußtseins, die die richtige Bewertung der Weimarer Ereignisse erschwert, liegt in unserer nationalsozialistischen Vergangenheit. Unser Blick zurück ist ein Blick nach Auschwitz. Die Fehlgriffe und Unrechtstaten des Nationalsozialismus sind so groß, daß sie im heutigen Bewußtsein alle anderen Fehler der Weimarer Zeit überdecken. Das ist, bezogen auf die in der Weimarer Republik verantwortlichen Männer, moralisch zutreffend und wird es bleiben. Es ist also verständlich, daß es in

VII

der geschichtlichen Betrachtung eine Einteilung der Männer und Parteien nach der Frage gibt, ob und wieweit sie nach ihrem Willen das Aufkommen des Nationalsozialismus bekämpft haben. War dies der Fall, wie bei dem Reichskanzler Brüning, um nur diesen einen Namen zu nennen, so besteht eine Scheu, diesem auch menschlich integren Politiker vorzuhalten, daß es erst seine objektiv verfehlten Maßnahmen waren, die die braune Flut hervorriefen, gegen die er sich dann vergeblich wehrte.

Diese Scheu besteht auch gegenüber den demokratischen Parteien als solchen. Sie hatten die schwierige Aufgabe, nach dem Ende des nationalsozialistischen Reiches die deutsche Demokratie wieder aufzubauen. Wer wollte da mit ihnen über die Vergangenheit rechten? Der Historiker folgt nicht ungern den in den »Quellen« genannten Gründen, es nicht zu tun, und der Fachmann ist froh, in dieser Hinsicht kein historisches Urteil abgeben zu müssen.

Das steht bis heute widerspruchsvoll gegeneinander und läßt es zu, daß gleichzeitig in der deutschen Öffentlichkeit für die gegenwärtige Demokratie eine Arbeitslosenziffer oder eine jährliche Geldentwertung von über 3 Prozent als unerträglich und politisch unverantwortlich bezeichnet wird, daß aber die fünfjährige und tausendfach höhere Geldentwertung der ersten Weimarer Jahre oder die Millionen Arbeitslosen der Ära Brüning als politisch unverschuldet und mehr oder weniger unvermeidbar angesehen werden. Ein freies Wort hierzu ist aber nach Ablauf der Respektszeit, die auch der Verfasser anerkannt hat, vonnöten. Sonst, ohne die große Lebensnot der Krise, mit der die Weimarer Republik nicht fertig geworden ist und die das Gesamtbewußtsein der Nation verändert hatte, bliebe für die Nachwelt unerklärlich, warum 17 Millionen Deutsche, die 1928 weder Nationalsozialisten noch Kommunisten waren, 1932 diese Umsturzparteien wählten; es bliebe unerklärlich, weshalb von Grund auf demokratisch gesonnene Männer – der spätere Bundespräsident Heuss, die späteren Bundesminister Krone und Lemmer und auch der abgerufene Reichskanzler Brüning selbst – im März 1933 dem Ermächtigungsgesetz zustimmten, das für vier Jahre das Kabinett Hitler weitgehend unabhängig vom Reichstag und seinen verfassungsmäßigen Parteien machte.

6

Die Inflationsjahre

An der Inflation waren im Verlaufe der fünf Jahre von November 1919 bis November 1923 alle Weimarer Parteien – von Kommunisten und Nationalsozialisten abgesehen – beteiligt, teils in unmittelbarer Verantwortung, indem sie in den wechselnden Kabinetten die Reichskanzler, Finanz- und Wirtschaftsminister stellten[3], zum mindesten aber mittelbar durch die Übernahme anderer Ressorts in diesen Kabinetten und durch die parlamentarische Billigung der Regierungsmaßnahmen.

Die Inflation war an Ausmaß und Dauer ein geradezu ungeheuerlicher Vorgang, über den aber nie politisch zu Gericht gesessen worden ist und über den es auch keinen öffentlichen oder privaten Untersuchungsausschuß mit einem Abschlußbericht gibt, auch keine Sachverständigengutachten und dergleichen. Parteien, Regierung und Reichsbank schwiegen sich, als das Währungsdrama im November 1923 mit dem sogenannten Wunder der Rentenmark beendet war, über die zurückliegenden Jahre aus.

Wer hätte hier auch über wen zu Gericht sitzen sollen? Der

3 Die SPD stellte von Anfang 1919 bis Mitte Juni 1920 die Kanzler Scheidemann, Bauer und Müller und unter diesen die Wirtschaftsminister Wissel und Schmidt, ebenso unter dem Kanzler Wirth für die Zeit vom 10. Mai 1921 bis 14. November 1922 den Wirtschaftsminister Schmidt und unter dem Kanzler Stresemann für die Zeit vom 13. August bis 4. Oktober 1923 den Finanzminister Hilferding. Das Zentrum stellte von Juni 1920 bis zum November 1922 die Kanzler Fehrenbach und Wirth und schon unter den Kanzlern Bauer und Müller die Finanzminister Erzberger und Wirth und dann unter den Kanzlern Fehrenbach, Wirth und Cuno vom 25. Juni 1920 bis 12. August 1923 die Finanzminister Wirth und Hermes. Die Deutsche Demokratische Partei stellte im Kabinett Scheidemann den Finanzminister Schiffer, die Deutsche Volkspartei in den Kabinetten Fehrenbach (25. Juni 1920 bis 4. Mai 1921) den Wirtschaftsminister Scholz und im Kabinett Cuno (22. Januar 1922 bis 12. August 1923) den Wirtschaftsminister Becker, die Deutschnationalen den ihnen nahestehenden Reichskanzler Cuno.

parlamentarischen Opposition, Kommunisten und Nationalsozialisten bzw. Völkischen, die es als nicht beteiligt hätte tun können, fehlte der gute Wille an einer sachlichen Erörterung. Sie zogen es vor, wie schon während der Inflationsjahre, die Währungszerrüttung als einen pauschalen Beleg für ihre Angriffe auf den bürgerlichen Kapitalismus oder die Weimarer Demokratie und den Versailler Vertrag zu benutzen. Auch die akademischen Lehrstühle und die Wirtschaftspresse machten sich nach der Stabilisierung der Währung nicht die Mühe, das vergangene Chaos zu untersuchen. Auch sie waren befangen, denn auch sie hatten in der Mehrzahl in den fünf Jahren die finanziellen Maßnahmen der Regierung durch Schweigen oder Zustimmung geduldet. Die Bevölkerung aber war auch in ihren gebildeten Kreisen trotz der schlimmen Erlebnisse in der Theorie des Geldes nach wie vor unwissend und deshalb unmündig. Sie war froh, den Schrecken der endlosen und uferlosen Geldentwertung entronnen zu sein. Man verlangte fortan stabiles Geld, möglichst durch Gold gedeckt wie vor dem Kriege. An Untersuchungsausschüssen und Währungsdebatten, die am Ende die neu gewonnene Stabilität der Mark wieder in Frage stellten, war man nicht interessiert.

Auf dieser Grundlage einer wechselseitigen Mitverantwortung der politischen Parteien und der Unwissenheit der Bevölkerung in Währungsdingen kam nach dem Ende der Inflation hinsichtlich der Verantwortung ein Pakt des allgemeinen Verschweigens zustande, den man als einen der erstaunlichsten und leider auch folgenschwersten Vorgänge der Weimarer Innenpolitik bezeichnen muß. Wenn sich schon die Politiker untereinander schonten und niemand von ihnen an seinem Ansehen etwas eingebüßt hatte, weil er als Kanzler, Finanz- oder Wirtschaftsminister die Geldvermehrung durch die Reichsbank zur Bestreitung der Staatsausgaben gefordert und dadurch die Fortsetzung der Währungskatastrophe mitverschuldet hatte, so hätte es doch die Vorsorge für die Zukunft geboten, gegenüber dem Reichsbankdirektorium anders zu verfahren. Daß auch das Direktorium der Reichsbank in vollen Ehren den totalen Konkurs der deutschen Währung überlebte, ist eine Groteske in der Währungs- und Wirtschaftsgeschichte. Man übertrage diesen Vorgang einmal in die Gegenwart, um das Unglaubliche daran

S

zu erkennen. Wie scharf werden heute die Präsidenten und Direktoriumsmitglieder der Notenbanken kritisiert, wenn es sich um wenige Prozente der Veränderungen des Geldwerts oder des Wechselkurses handelt. Und damals war die Währung eines großen Kulturvolkes, das trotz des verlorenen Ersten Weltkrieges gesamtwirtschaftlich und industriell immer noch zur Spitzengruppe der modernen Staaten gehörte und, wie die Erholung von 1924 bis 1929 bewies, dank der Arbeitskraft seiner Bevölkerung auch imstande war, die Kriegsschäden schnell zu überwinden, in einem fünf Jahre anhaltenden Prozeß schließlich bis auf den billionsten Teil entwertet worden. Dies alles unter Leitung und Verantwortung derselben Mitglieder des Reichsbankdirektoriums, die man nach der Stabilisierung ungerügt im Amt beließ und denen man die neue Währung anvertraute[4].

Reichsbankpräsident Havenstein, dem der Rücktritt nahegelegt worden war, starb kurz nach der Stabilisierung. Vielleicht hätte man sogar ihn auf Grund seiner formalen Rechtsansprüche in seinem Amt belassen, in das – gegen den Widerspruch von Direktorium und Zentralausschuß der Reichsbank, die Dr. Helfferich als Nachfolger wünschten – der damalige Währungskommissar Dr. Schacht als ein Außenseiter, wie er selbst sagt, vom Reichspräsidenten Ebert berufen wurde. Auch wenn die Politiker der Weimarer Regierungsparteien gegenüber der Reichsbank mit Recht ein schlechtes Gewissen hatten, weil sie selbst den Notendruck gefordert hatten, und wenn sie auch zur eigenen Beruhigung daran festhielten, daß der Versailler Vertrag an allem schuld gewesen war, so mußten sie doch

4 Die Schonung der Reichsbank ging so weit, daß sie mit dem Reichsbankgesetz von 1924 auch auf die privaten Inhaber der alten Reichsbankaktien ausgedehnt wurde. Diese Aktien, Anteilscheine des Grundkapitals der alten Reichsbank, waren zumeist in den Händen der Großbanken. Da man am Ende der Inflation das Schicksal der Reichsbank ganz selbstverständlich mit dem Schicksal der Mark gleichsetzte, sank der Kurs der 1000-Mark-Reichsbankaktien im September 1923 auf 3 Dollar. Man stellte dann aber auf Grund des neuen Reichsbankgesetzes die alten 1000-Mark-Aktien (160 Millionen Mark) im Verhältnis 2:1 auf neue Reichsmark um, während zum Beispiel die Berliner Handels-Gesellschaft, die ihr Kapital in den Inflationsjahren nicht mit schlechtem Geld verwässert hatte, nur 5:1 umstellen konnte. Bei der Deutschen Bank und der AEG bertug die Umstellung des Grundkapitals von Mark auf neue Reichsmark 10:1.

9

die Einsicht haben, daß das damalige Reichsbankdirektorium offensichtlich versagt hatte. Die Stabilisierung der Mark im November 1923 bewies, auch wenn man sie zu einem Wunder erhob, daß ein solches Wunder trotz Versailles und der noch nicht gezahlten Reparationen sich ereignen konnte. Warum hatte das Reichsbankdirektorium nicht schon längst mit entsprechenden Vorschlägen dieses »Wunder« verlangt? Keines seiner Mitglieder hatte in den fünf Jahren aus Protest gegen den Weiterlauf der Geldentwertung mit Rücktritt gedroht. Sicherlich sind dem einen oder dem anderen der damaligen Politiker auch solche kritischen Gedanken gegenüber dem Reichsbankdirektorium gekommen. Laut geworden sind sie nicht. Das hat sich dann bitter gerächt, als die Sachkunde des Direktoriums in Währungsfragen wenige Jahre später in der Weltwirtschaftskrise noch einmal für Deutschland auf die Probe gestellt wurde, diesmal nicht in Richtung der Inflation, sondern der Deflation.

In einem Briefwechsel aus dem Jahre 1965 hat der Verfasser den früheren Reichsbankpräsidenten Schacht gefragt, mit welchen Gefühlen er damals, als er Ende 1923 Reichsbankpräsident wurde, diese für die Inflation verantwortlichen Direktoriumsmitglieder als seine Mitarbeiter übernommen habe. Die Antwort ist als Beleg für die Gesamtsituation interessant, für die sachliche Klärung aber nicht sehr ergiebig[5]. Schacht lag offensichtlich

5 Aus einem Brief von Dr. Schacht an den Verfasser vom 28. November 1965:
»Ihrem Urteil über die verantwortungslose Reichsbankpolitik von 1919 bis 1923 stimme ich durchaus zu. Aber ich kam als einmütig abgelehnter Außenseiter plötzlich in die Führung der Reichsbank, kannte außer dem verstorbenen Havenstein nur den Vizepräsidenten Glasenapp. Sollte ich ihn und die übrigen Mitglieder, die ich ja nicht hinauswerfen konnte, durch offenen Tadel brüskieren oder einschüchtern? Mir blieb nur der Weg, ihnen zu sagen, daß die Reichsbankpolitik jetzt geändert würde und daß ich ihnen freistelle, auszuscheiden, wenn sie meine Politik nicht mitmachen könnten oder wollten, ich würde ihnen dann zu einer anderen Verwendung im Staatsdienst behilflich sein. Nach halbstündiger Beratung kam Glasenapp mit hochrotem Kopf zu mir und versicherte mir, alle Mitglieder würden loyal zu mir stehen. Dem Zentralausschuß der Reichsbank erklärte ich in der ersten Sitzung nach meinem Eintritt, daß mir seine Ablehnung meiner Kandidatur bei meinen auswärtigen Besprechungen sehr genützt habe, da sie dem Ausland klargemacht habe, daß nunmehr eine andere Währungspolitik Platz greifen würde. Einschließlich der anschließenden Loyali-

vor allem an seiner persönlichen Autorität in der Zukunft. Gegenüber der gerade beendeten Inflation war er weder damals noch später ein zürnender Jupiter. Er selbst hatte in den Inflationsjahren keine Vorschläge zu ihrer Beendigung gemacht (und rühmt sich dessen auch nicht). Schacht hatte lediglich für den Außenhandel eine auf Gold und Dollar abgestellte Sonderwährung angeregt, an der dann die weitere Entwertung der für den Inlandsverkehr geltenden Mark abgelesen werden konnte. Schacht nennt die große Inflation von 1919 bis 1923 auch in seinen späteren Publikationen einen Schicksalsschlag, der ungewollt und längere Zeit auch unerkannt über uns gekommen sei[6].

Wie sah es die Reichsbank? Reichsbankpräsident Havenstein und mit ihm das Reichsbankdirektorium, zumeist noch Geheimräte aus der kaiserlichen Zeit, hielten es für die vaterländische Pflicht der Reichsbank, auf gesetzlicher Grundlage das Reich und die deutsche Wirtschaft mit Geld zu versorgen. Die Reichsbank gab also, da die in Kraft gebliebenen Kriegsgesetze vom 4. August 1914 dies erlaubten, dem Reich gegen Schatzanweisungen die Reichsbanknoten, die das Reich anforderte, um den Haushalt auszugleichen und Devisen für Reparationszahlungen zu kaufen. Ebenso gab die Reichsbank der Wirtschaft in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Reichsbankgesetzes gegen Wechsel mit drei Unterschriften die Reichsbanknoten, die die Wirtschaft für ihre Inlandszahlungen und auch zum Ankauf der Devisen für Importe anforderte. Beides war nach Auffassung des Reichsbankdirektoriums lebenswichtig und beides mußte geschehen. Ein Quantitätsgesetz des Geldes, nach dem eine solche Notenausgabe unbedingt beschränkt bleiben muß,

tätserklärung aller Anwesenden dauerte die Sitzung zwanzig Minuten. Daß meine damaligen Gefühle gegenüber diesen Loyalitätserklärungen nicht gerade von Hochachtung getragen waren, werden Sie verstehen. Ich muß aber zur Ehre meiner Direktionsmitglieder sagen, daß ihre innere Einstellung zu mir eine überzeugend zustimmende geworden ist. Sämtliche Entscheidungen der Reichsbank während meiner Amtszeit sind einstimmig getroffen worden. Der Kreditausweitung von 1933 haben alle Mitglieder nach eingehender Debatte über die möglichen Bedenken zugestimmt.«

6 So auch in seinem Aufsatz »Zur Währungspolitik«, abgedruckt in »Deutsche Hochschulzeitung«, 13. Jahrgang, Heft 2, 1965.

11

weil Geldmenge und Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes im Verhältnis zum Güter- und Dienstleistungsangebot die Preise, das heißt den Geldwert bestimmen, kannte man nicht.

Reichsbankpräsident Havenstein war auf das höchste verwundert, daß der Reichsbank die Geldversorgung des Staates und der Wirtschaft trotz aller technischen Anstrengungen der Reichsbank immer weniger gelang. Man druckte und druckte und es wurde zunehmend schwieriger, dem Bedarf nachzukommen. Im August 1923, als man für den Erwerb eines US-Dollars schon über eine Million Mark zahlen mußte und als ein Pfund Butter im Inland mehrere 100 000,– Mark kostete, veröffentlichte Reichsbankpräsident Havenstein in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« eine Erklärung folgenden Inhalts[7]:

»Die ganz außerordentliche Entwertung der Mark hat naturgemäß einen enorm steigenden Zahlungsmittelbedarf hervorgerufen, dem zeitweise von der Reichsbank nicht in vollem Umfang genügt werden konnte. Eine vereinfachte Herstellung der großen Notenabschnitte setzte uns in den Stand, immer größere Beträge in den Verkehr zu bringen. Diese Summen reichen indes knapp hin, den ungeheuer gestiegenen Zahlungsmittelbedarf zu decken, der ganz neuerdings infolge der außerordentlichen Gehalts- und Lohnerhöhungen eine geradezu phantastische Höhe erreicht hat. Die Organisation des ins Ungeheuere gewachsenen Notendruckunternehmens der Reichsbank stellt an unser Personal Anforderungen, die jedes Maß übersteigen. Die Versendung der Barbeträge muß der Eile halber durch persönliche Transporte geschehen. Es sind täglich zahlreiche Geldtransporte von Berlin in die Provinz unterwegs. Die Belieferung einer Reihe von Bankanstalten kann, da die Zugverbindungen frühpostliche Sendungen nicht zulassen, nur mit Hilfe von Luftfahrzeugen erfolgen.«

Der heutige Leser, auch wenn er kein Sachverständiger in Währungsfragen ist, wird meinen, es handele sich bei dieser Veröffentlichung, in der Ursachen und Wirkungen auf dem Kopf stehen, um den bitteren Spott der Zeitungsredaktion,

7 »Die Weimarer Republik – ihre Geschichte in Texten, Bildern und Dokumenten«, herausgegeben von F. A. Krummacher und Albert Wucher, München 1965, S. 146.

12

durch den Havensteins Unfähigkeit lächerlich gemacht werden sollte. Davon ist aber keine Rede. Es war dies die offizielle Meinung der Reichsbank, die auch an den Universitäten von Professoren der Finanzwissenschaft vertreten wurde. Als der Verfasser im Sommer 1923 an der Universität Jena Rechts- und Finanzwissenschaft studierte, erklärte der damalige Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft, Professor Gutmann, in seiner Vorlesung, wir hätten in Deutschland nicht zuviel, sondern zuwenig Geld im Umlauf. Auch er maß, wie die Reichsbank, die Umlaufsmenge der Mark am Dollarkurs und kam dann zu der gleichen erstaunlichen Feststellung, daß der Geldumlauf vermehrt werden müsse. Es war in der Tat so, daß Ende 1922 bei dem damaligen Bargeldumlauf von rund 1300 Milliarden Mark und einem damaligen Dollarkurs von 6750,– Mark der deutsche Bargeldumlauf in Dollar umgerechnet nur rund 200 Millionen Dollar betrug, nach altem Paritätsverhältnis von Mark und Dollar (4,2:1) also rund 800 Millionen Ursprungsmark, während Deutschland in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg einen Bargeldumlauf von rund 6,5 Milliarden Mark hatte. Wir hatten also nach dieser Logik nicht zu viel, sondern zu wenig Papiergeld im Umlauf.

Die veröffentlichte Erklärung des Reichsbankpräsidenten, die wegen des unerträglich gewordenen Währungschaos sicherlich sorgfältig mit dem Reichsbankdirektorium abgestimmt worden war, läßt auch nicht hintergründig eine Einsicht in die Marktgesetze des Geldes und damit in die eigene Verantwortung der Reichsbank für die eingetretene uferlose Inflation erkennen. Es werden zwar die Ausdrücke »außerordentlich, enorm, ungeheuer und phantastisch« gebraucht, aber nicht in bezug auf die von der Reichsbank betriebene Geldvermehrung, sondern in bezug auf den angemeldeten Geldbedarf, der in Wahrheit doch erst durch die vorhergegangene Geldvermehrung und die damit notwendigerweise verbundene Kaufkraftminderung des Geldes hervorgerufen war. Hierbei war es allerdings so, daß beim Wechselkurs der Mark vom Ausland die erwartete weitere Geldvermehrung und Kaufkraftminderung der Mark in immer größerem Umfang vorweggenommen wurde. Aber diesen Vertrauensschwund des Auslands hatte die Reichsbank durch die jahrelang betriebene Papiergeld-Vermehrung selbst verschul-

det. Die Kreise in Deutschland, die das Spiel der Inflation begriffen hatten, wonach man seine Kredite schon nach kurzer Zeit entwertet zurückzahlen konnte, kauften nicht nur Waren, Häuser, Güter und Fabriken, sondern bei der freien Konvertierbarkeit der Mark auch ausländische Devisen auf Vorrat, also über den Betrag hinaus, den Deutschland für die Bezahlung seiner Importe gebrauchte. So ergab sich nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage für die Mark im Wechselkurs nicht nur gegenüber dem Dollar, sondern auch gegenüber den anderen ausländischen Währungen eine zunehmende Unterbewertung, die dann wieder zu neuen Spekulationskäufen reizte. Der Dollar-Umrechnungswert des deutschen Bargeldumlaufs, der nach dem Stand von Ende 1922, wie schon genannt, nur noch rund 800 Millionen Mark betrug, hatte Ende 1919 noch rund 5 Milliarden Mark, Ende 1920 rund 4,5 Milliarden Mark und Ende 1921 rund 3 Milliarden Mark betragen[8]. Die Unterbewertung der Mark gegenüber den ausländischen Devisen wurde also mit jedem Jahr größer. Für den 21. November 1923 ergibt sich bei dem damaligen Umlauf an Reichsbanknoten in Höhe von 496 Billionen Mark und dem Dollarkurs von 4,2 Billionen Mark ein Umrechnungswert des deutschen Bargeldumlaufs (ohne Notgeld) von nur noch 496 Millionen Mark. Das war dann das Ende der devisenmäßigen Unterbewertung der Mark, eine marktgesetzliche Folge für eine Währung, die durch eine fünf Jahre dauernde Inflation jedes Vertrauen im Ausland eingebüßt hatte.

Im Inland aber hatte dieser Vertrauensverlust zum Ergebnis, daß der Zahlungsverkehr zunehmend in bar abgewickelt wurde. Man war wegen der ständigen Preiserhöhungen, dem anderen Ausdruck für die Geldentwertung, schließlich nicht mehr gewillt, Geldforderungen stehen zu lassen. Jeder Warenumschlag mußte im letzten Inflationsjahr sofort bar bezahlt werden, um unverzüglich das warenmäßige Gegengeschäft machen zu können. Der

8 Diese Berechnung ergibt sich aus folgenden Gegenüberstellungen:

	Bargeldumlauf	Dollar-Kurs
Ende 1919 =	rd. 51 Milliarden	48,90 Mark
Ende 1920 =	rd. 81 Milliarden	72,20 Mark
Ende 1921 =	rd. 123 Milliarden	173,— Mark
Ende 1922 =	rd. 1307 Milliarden	6750,— Mark

14

Lieferantenkredit erstarb. Auch die Arbeiter und Angestellten und auch die Beamten wollten ihre Lohn- und Gehaltsforderungen nicht mehr an den üblichen Terminen erhalten, sondern verlangten schließlich die tägliche Barzahlung, um sofort einkaufen zu können. Die Warenbesitzer aber, die in den ersten Jahren der Inflation nur ungleichmäßig und auch zögernd die Preise heraufgesetzt hatten – die redlichen unter ihnen richteten sich, zumal in den kleinen Städten, noch oft danach, zu welchen Preisen sie selbst die weiterverkaufte Ware eingekauft hatten –, waren in den beiden letzten Jahren der Inflation zunehmend gesonnen wie die ausländischen Devisenverkäufer. Was sie zuvor versäumt hatten, wollten sie jetzt mit vorweggenommenen Preisaufschlägen nachholen, wenn man überhaupt noch gegen Bargeld und nicht im Ware-gegen-Ware-Tausch etwas hergab. Die deutsche Landwirtschaft weigerte sich, die im Sommer und Herbst 1923 eingebrachte Ernte gegen das völlig wertlos gewordene Papiergeld zu verkaufen. Es drohte für den Winter 1923 die allgemeine Hungersnot und das »Wunder der Rentenmark« war nunmehr wirklich fällig.

Dieser von der Geldentwertung erzwungene Übergang zur sofortigen Barzahlung und die weitgehende Außerkraftsetzung des mit Verzögerung verbundenen bankmäßigen Zahlungsverkehrs waren es, die den vom Reichsbankpräsidenten Havenstein beklagten »ungeheuer gestiegenen Zahlungsbedarf« hervorgerufen hatten. Aber auch in dieser Hinsicht ist in der Erklärung des Reichsbankpräsidenten kein Wort des Hinweises auf die wirklichen Gründe zu finden, sondern nur unwilliges Erstaunen und Mitleid mit den überarbeiteten Reichsbankbeamten, die trotz des Einsatzes von Flugzeugen mit der Geldversorgung nicht fertig wurden.

Was in den internen Annalen der Reichsmark über diese Phase und überhaupt über die Einstellung zum Notendruck festgehalten ist, ist dem Verfasser nicht bekannt. In der Festrede zum fünfzigjährigen Bestehen der Reichsbank führte Geheimrat von Grimm, Mitglied des Reichsbankdirektoriums, 1926 rückbetrachtend folgendes aus:

»In immer währendem Maße mußte das Reich auf die Reichsmark zurückgreifen, um seine Existenz zu fristen. Und weil es um die Existenz des Reichs ging, glaubte die Reichsbank, sich

auch dann nicht versagen zu können, als ihr durch die Gesetzgebung von 1922 die formelle Autonomie zuteil geworden war[9].«

Das hört sich zwar vornehm und auch vaterländisch an, vertauscht aber Ursache und Wirkung. Die Existenz des Reichs wurde nicht durch den Notendruck der Reichsbank gerettet, sondern im Gegenteil, wie die spätere Entwicklung dann zeigte, durch den Notendruck bis an den Rand einer totalen Auflösung gebracht.

Die Schäden, die die Inflation in Deutschland angerichtet hatte, waren vielschichtig und keineswegs auf den Verlust der Geldvermögen beschränkt. Festzuhalten ist zunächst – weil es sowohl von den als »Quellen« benutzten politischen Memoirenschreibern der Weimarer Zeit wie von den meisten Historikern, die heute über die Weimarer Zeit berichten, anders dargestellt wird –, daß die große deutsche Nachkriegsinflation fünf Jahre gedauert hat. Sie war die unmittelbare Fortsetzung der im Krieg betriebenen Geldvermehrung, die bei Kriegsende schon zu einer Halbierung des Außenwerts der deutschen Mark geführt hatte. Es ist eine falsche Darstellung, die Inflation erst 1922, etwa in Verbindung mit dem Ruhrkampf, beginnen zu lassen oder gar erst 1923. An den Dollarkursen gemessen war schon im Verlauf des Jahres 1919 eine Entwertung der Mark auf ein Fünftel ihres Januar-Werts 1919 eingetreten[10]. Am Dollar gemessen, noch nicht im gleichen Umfang an den inländischen Preisen, die langsamer nachzogen, hatten alle deutschen Geldvermögen bereits Ende 1919 über 90 Prozent ihres Vorkriegswertes verloren. Die Inflation setzte sich dann im Jahre 1920 bis auf einen Dollarkurs von 72,20 Mark, im Jahre 1921 auf einen Dollarkurs von 173,– Mark, im Jahre 1922 auf einen Dollarkurs von 7500,– Mark und im Jahre 1923 auf einen Dollarkurs von 4,2 Billionen Mark fort. Das bedeutete, daß die bürgerlichen Familien, soweit sie auf der Grundlage von Spargeldern, Bankguthaben, Versicherungs-

9 Hjalmar Schacht, »Magie des Geldes«, Düsseldorf 1969, S. 88.
10 Der Kurs des US-Dollar in Mark betrug am 3. Januar 1919 = 8,02 Mark und am 21. Dezember 1919 = 48,90 Mark.

76

verträgen, Pfandbriefen, Hypotheken und der reichlich gezeichneten Kriegsanleihe (insgesamt rund 100 Milliarden Mark) Vermögensbesitzer und Rentner waren, schon Ende 1919 völlig verarmt waren[11].

In diesem Zustand – noch nicht begriffen und hinsichtlich der Folgen, nunmehr Almosenempfänger anstatt ein angesehener Bürger zu sein, gänzlich verwirrt – fand die aus dem Kriege und aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrte bürgerliche Jugend die Elternhäuser vor, soweit sie auf den Geldbesitz angewiesen waren. An eine normale Bezahlung eines Studiums der Söhne war in diesen Fällen nicht mehr zu denken. Der Nebenberuf eines Börsenspekulanten und des Ware-gegen-Ware-Tauschers sprach sich unter der kriegsentlassenen Jugend erst langsam herum. Ein Honnefer-Modell zur Erleichterung der akademischen Berufsausbildung gab es nicht. Wer konnte, blieb als junger Offizier bei der Truppe oder ging zum Grenzschutz und zu den Freikorps. Die Söhne der Beamten hatten es wie die Beamten selbst etwas besser, wenn auch hier große Verarmungen eintraten, weil das zusätzliche Geldvermögen entwertet war und die Erhöhungen der Beamtengehälter den Preissteigerungen erheblich nachhinkten. Die Landwirte, Fabrikanten und die Kaufleute mit Warenlagern blieben außerhalb der großen Not, wenn sie auch Einbußen und Veränderungen hinnehmen mußten, falls sie sich von ihrer Ware und ihren Erzeugnissen ohne rechtzeitige Gegenkäufe trennten. Den Angestellten mit lang laufenden Verträgen und monatlichen Gehaltszahlungen ging es ähnlich wie den Beamten. Die Masse der städtischen Arbeiter fand zwar einen Arbeitsplatz, mußte aber ebenfalls Löhne hin-

11 Die Vermehrung des deutschen Bargeldumlaufs (Reichsbanknoten, Privatbanknoten, Reichskassenscheine, Darlehnskassenscheine und Scheidemünzen), die diese Entwertung der Mark zur Folge hatte, erfolgte – Stand jeweils Ende des Jahres – in folgender Entwicklung:
1913 = rd. 6,5 Mrd.; 1914 = rd. 7,2 Mrd.; 1915 = rd. 9,7 Mrd.; 1916 = rd. 12,8 Mrd.; 1917 = rd. 19,6 Mrd.; 1918 = rd. 34,2 Mrd.; 1919 = rd. 51,3 Mrd.; 1920 = rd. 81,7 Mrd.; 1921 = rd. 123,– Mrd.; 1922 = rd. 1307 Mrd.; November 1923 = 496 Millionen Billionen Mark Reichsbanknoten und 727 Millionen Billionen Mark Notgeld.

17

nehmen, die im Verlaufe der fünf Jahre mit den Preissteigerungen nicht Schritt hielten[12].

Hoffnungslos war die Lage aller reinen Geldrentner, auch wenn sie vor dem Kriege Millionäre gewesen waren, und derjenigen, die sich in Verkennung der Geld- und Preisverhältnisse nach Kriegsende von ihrem Sachbesitz trennten. Das trat unter dem Einfluß der gestiegenen Nominalpreise in erheblichem Umfang ein. So wechselte ein Drittel des Berliner Hausbesitzes damals den Eigentümer. Nach einer sehr kurzen Freude über den angeblich gemachten Gewinn sanken auch diese ehemaligen Besitzbürger schnell zu Stadtarmen herab. Die Sozialfürsorge alter Art war aber auf diese Formen der Inflationsverarmung noch gar nicht eingerichtet. Wer keine Verwandten hatte, geriet in die schrecklichste Not, von der Schande, betteln zu müssen, ganz abgesehen. In die gleiche Lage gerieten alle alten Jahrgänge, die im Verlaufe der Inflationsjahre aus dem Berufsleben ausscheiden mußten und nun ganz unzulänglich Sozialversicherungsbeträge erhielten oder Versicherungsbeträge und Privatrenten, die sich ins Nichts auflösten. Die Not der Alten aus den früher gehobenen Kreisen, von denen nicht wenige ihrem Leben ein Ende setzten, blieb natürlich nicht ohne Eindruck auf die Jugend. Ganze Stände wie der des Privatgelehrten starben aus. Das Verhängnisvolle war neben der einmaligen Wirkung des Vermögensverlustes die Dauer der Inflation. Sie machte in den fünf

12 Anfang 1923 war die Indexziffer (1913 = 1) für die Lebenshaltungskosten = 1120, für die Löhne der ungelernten Arbeiter = 890, für die gelernten Arbeiter = 643, für Beamte = 372. Das Gehalt der Beamten blieb also um zwei Drittel hinter den gestiegenen Lebenshaltungskosten zurück, der Lohn der gelernten Arbeiter und Angestellten um die Hälfte.
Im November 1923 deponierten Münchner Spengler in dem fertiggestellten Dach des Walchensee-Kraftwerks eine Urkunde mit folgendem Text: »Dieser Turm wurde gedeckt im Jahre 1923 während der Zeit vom Oktober bis November. Der Lohn zu dieser Zeit betrug für einen Spengler 120 Milliarden in der Stunde. Es kostete in Milliarden: Bier 1 Liter 80, Brot 1 Pfund 36, Fleisch 1 Pfund 200, Milch 1 Liter 80, Fett 1 Pfund 400, 1 Ei 15, Wirtschaftsessen 100, Voressen 80, 1 Zigarette 6 bis 25, 1 Zigarre 30 bis 100, 1 Paar Schuhe 3,5 Billionen, 1 Anzug nach Maß 70 Billionen, 1 Tafel Kupfer für den Turm 500 Billionen, 1 Tafel verzinktes Eisenblech 50 Billionen, 1 Tafel verbleites Eisenblech 50 Billionen. – Unsere derzeitige Regierung bürgerlich, Putsche alltäglich, das arbeitende Volk verarmt trotz der hohen Löhne, Kleidung zu kaufen für den Arbeiter illusorisch.«

Jahren jede gewohnte Tugend des Sparens und der persönlichen Fürsorge zunichte. Es wurden nicht nur die bei Kriegsende vorhandenen Altvermögen, soweit sie in Geldforderungen bestanden, zerstört, sondern auch alle neu anfallenden, wie etwa bei Erbfolgen und sonstigen Auseinandersetzungen. Für die Jugend wurde es fast sinnlos, einem Beruf nachzustreben, der eine lange und kostspielige Vorbereitungszeit erforderte.

Diese erschreckenden und ganz ungewohnten Veränderungen, die vor allem das deutsche Bürgertum erfaßten, wurden von den politischen Parteien und von den Zeitungen mit dem verlorenen Krieg und dem Versailler Diktat erklärt. Das wurde auch geglaubt, weil keine andere Erklärung gegeben wurde und fast niemand in der Lage war, sich aus eigenem Wissen ein Urteil über die Geldvermehrung und über die Preissteigerungen als ihr Spiegelbild zu bilden. Das Wort Inflation gab es noch nicht. Bis Ende 1921 wurde nicht von einer Geldentwertung gesprochen, sondern von Preissteigerungen und der allgemeinen Teuerung. Ein Wochenausweis der Reichsbank, an dem man den vergrößerten Bargeldumlauf hätte ablesen können, war in der Öffentlichkeit unbekannt, ganz abgesehen davon, daß man daraus keine Schlüsse gezogen hätte, weil man das Quantitätsgesetz des Geldes nicht kannte. Die Erklärung der Preissteigerungen mit dem verlorenen Krieg und den zu liefernden oder zu zahlenden Reparationen leuchtete ein. Schon im Kriege waren trotz der ausgedehnten Preisbindung, die sich vor allem auf die Lebensmittel und die Wohnungsmieten bezogen und hinsichtlich der Mieten auch noch über das Kriegsende hinaus bestehen blieben, allenthalben Preissteigerungen eingetreten, deren Ursache aber ausschließlich in der Verknappung auf der Güterseite gesehen wurde. Diese Verknappung war auch auf vielen Gebieten der Wirtschaft real. Daß neben dieser von der Güterseite herkommenden Ursache auch schon in den Kriegsjahren die zur Kriegsfinanzierung betriebene Geldvermehrung die Mitursache der Preissteigerung und bald die ganz überwiegende Ursache war, wurde auch von den Wirtschaftsexperten nicht erkannt. Die Preiserhöhungen traten auch für Häuser, Liegenschaften, Fabriken und Landgüter ein, deren Anzahl nicht kleiner geworden war, die gütermäßig also nicht knapper geworden waren. Der Bargeldumlauf hatte sich in Deutschland in den Kriegsjahren

19

von 6,5 Milliarden Mark (Juli 1914) auf 34,29 Milliarden Mark (Ende 1918) erhöht. Diese Erhöhung des Geldumlaufs, die auch in den anderen kriegführenden Ländern nicht vermieden worden war, hatte die Ausgangsposition der Preise nach Kriegsende in der nunmehrigen Nachkriegswirtschaft schwierig gemacht. Eine Rückkehr zu den immer wieder geforderten sogenannten »Friedenspreisen«, womit man die Preise von 1913 meinte, war unmöglich, nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Siegerländern. In Deutschland verschleierte diese Mischung von Preiserhöhungen aus der Mangellage auf der Güterseite mit der von der Geldvermehrung betriebenen Geldentwertung die Erkenntnis des Zusammenhangs. In der Rechtsprechung wurde in Unkenntnis dieses Zusammenhangs bis zum Jahr 1923 der Grundsatz aufrechterhalten, daß Mark gleich Mark sei.

Nun gab es in den fünf Inflationsjahren in Deutschland nicht nur die große Masse der Bevölkerung als erschreckte und schließlich von Existenzangst gejagte Inflationsverlierer, sondern auch einen erfreuten und das Leben laut und übermütig genießenden Kreis von Inflationsgewinnlern, denen das an Sachgütern und Besitztiteln zufloß, was die anderen verloren. Dieser Vorgang, der sich sichtbar in allen Städten, den kleinen und den großen, und in allen menschlichen Gruppierungen vollzog, wirkte politisch vergiftend. Er legte auch die Grundlage für einen scheinbar berechtigten Antisemitismus.

An der Inflation gewannen zunächst alle langfristigen Schuldner, vor allem also die Landwirtschaft und der städtische Hausbesitz, die üblicherweise bis zur Hälfte des Wertes mit langfristigen Hypotheken beliehen sind. Sie zahlten jetzt die Hypothekenschuld entwertet zurück oder konnten doch ohne Mühe die im Ursprungsbetrag gleichgebliebenen Zins- und Tilgungsraten aufbringen. Die Landwirte genossen diesen Vorteil voll, weil ihre Produkte die der Geldentwertung entsprechenden Preissteigerungen mitmachten. Der städtische Miethausbesitz hatte es schlechter, weil die Wohnungsmieten gestoppt wurden, so daß hier die Versuchung besonders groß war, durch einen Verkauf den angeblichen Wertzuwachs der Häuser zu realisieren. Dann wurde der ehemalige Hausbesitzer als nunmehriger Geldvermögensbesitzer sehr schnell das Opfer der

20

weiter fortschreitenden Inflation. Auch zahlreiche Landwirte trennten sich bei Erbgängen oder durch die hohen Preisangebote verlockt in der Inflation von ihrem Besitz und wurden dann deren Opfer.

Der Inflationsgewinn der Landwirtschaft, des Hausbesitzers oder der mit langfristigen Schulden arbeitenden Industrie blieb, weil er unsichtbar war und als Gegenverlierer zumeist die Kreditinstitute hatte, nicht aufreizend. Die Kreditinstitute selbst glichen ihren Verlust auf der Aktivseite der Bilanz mit den entsprechenden Verminderungen bei ihren Verpflichtungen aus. Daß es den Landwirten gut ging, war man schon seit den Kriegsjahren gewohnt. Was aber ins Auge sprang, waren die sichtbaren Gewinne der jetzt überall auftauchenden kleinen und großen Aufkäufer und Sachwertsammler, die Buntmetall, Gold- und Silbermünzen, ganze Nachlässe und Wohnungseinrichtungen, dann aber auch die Liegenschaften selbst in Stadt und Land nicht zum Betrieb, sondern zum Ausschlachten und anschließenden Weiterverkauf erwarben. Dieses Volk der Schieber, mit den Schwerpunkten an den Produkten- und dann an Wertpapierbörsen, beherrschte sehr bald das Feld und verdrängte mit seinen Erfolgen den sorgfältig Buch führenden Kaufmann. Die Bilder, die sich hierbei vom kleinsten bis zum größten Schwarzhändler und Börsenspekulanten boten, kann man sich nicht verwirrend genug vorstellen. Es gab plötzlich eine reich gewordene neue Oberschicht, die in den Großstädten auch tief in den Kulturbetrieb eindrang, und die in den Kleinstädten, wo einer den anderen kannte, den redlichen Fleiß der anderen zum Gespött machte[13]. Das steigerte sich in den fünf Jahren von Monat zu

13 Die Stimmung dieser Zeit zeigen die nachfolgenden Verse von Klabund:

»Am Kurfürstendamm,
Da hocken zusamm
Die Leute von heute
Mit großem Tamtam . . .
Na, Lieber mein Schieber,
Uns kann nichts fehlen . . .,
Ein Nerzpelz, ein Steinherz,
Ein Doppelkinn.«

Und zum Tanzen sang man:

»Max Du hast das Schieben raus, Schieben raus,
Alles schreit hurra, der Schiebermax ist da.«

21

Monat. Das ganze Bild dieser unaufhaltsamen Veränderungen im sozialen Gefüge, die durch keinen Preisstopp, keine Verbote und keine Verwaltungsanordnungen aufzuhalten waren, ist ohne eigene Erinnerung daran schwer vorzustellen. Die heute über Vierzigjährigen, die wenigstens noch eine Erinnerung an die drei Jahre vor der Währungsreform von 1948 haben, mögen die damaligen Zustände zum Vergleich heranziehen. Auch in den Jahren 1946 und 1947, als die Preise künstlich gestoppt waren und die Geldfülle des Zweiten Weltkrieges marktmäßig die Preissteigerungen erzwang, konnte keine Polizeigewalt die Schwarzmärkte und den überall betriebenen Ware-gegen-Ware-Tausch verhindern. Kein Arbeiter, Beamter und Angestellter war damals in der Lage, mit seinem regulären Arbeitseinkommen die Familie zu erhalten. Ohne die Währungsreform vom Sommer 1948 hätten keine noch so tüchtigen demokratischen Politiker der Bundesrepublik zum Leben verhelfen können.

Die jüdische Bevölkerung Deutschlands hatte mit der Entstehung der großen Inflation und ihrer fünfjährigen Steigerung ursächlich genausowenig zu tun wie die sonstige Bevölkerung. Weder das Reichsbankdirektorium noch die Reichskabinette der Inflationsjahre wurden maßgeblich von Juden beeinflußt. Auch die Juden verloren durch die Inflation ihr altes Geldvermögen und viele jüdische Familien trennten sich in den Inflationsjahren zur Unzeit von ihrem Sachbesitz und wurden dadurch arm. Albert Ballin, der Generaldirektor der Hapag, nahm sich das Leben, als er den Verlust der Flotte nicht verwinden konnte. Rathenau, in konservativen Anschauungen geschult, stand wie viele andere Wirtschaftsführer dem Inflationsgeschehen fassungslos gegenüber[14]. Der größte Inflationsgewinner Deutschlands war der Nichtjude Hugo Stinnes, der mit den Krediten der Reichsbank und sonstigen Bankkrediten einen ungeheuren Konzern zusammenkaufte. Jüdische Künstler, Gelehrte und Schriftsteller sanken durch die Inflation, wenn sie nicht sich ständig erneuernde Tantiemen hatten, in das gleiche Elend wie ihre nichtjüdischen Kollegen. Von irgendeiner Verantwortung der jüdischen Bevölkerung für die Inflation ist also keine Rede. Die

14 Golo Mann, »Deutsche Geschichte 1919–1945«, Frankfurt/M. 1961, S. 27 f.

22

jüdischen Kaufleute und Händler waren aber im Auffangen der Folgen der Inflation, in der Umstellung auf rechtzeitige Warenhortung, dem Ware-gegen-Ware-Tausch und in den auf Preissteigerung abgestellten Spekulationsgeschäften schneller bei der Hand als andere, auch an der Börse. So erschienen sie vielfach als die Nutznießer des Ganzen, vor allem auch durch den Zuzug der zunächst armen jüdischen Kaufleute aus den an Polen abgetrennten Ostprovinzen, wie überhaupt das Deutschland der Inflationsjahre, wo man sich mit einigen Schmucksachen und geschicktem Warentausch lange über Wasser halten konnte, das große Lockfeld für Emigranten und Spekulanten aus vielen Ländern, besonders aus dem Osten und den Balkanländern, war. Von den weißrussischen Emigranten lebten bis Ende 1923 allein in Berlin über hunderttausend. Das Hervortreten der jüdischen Aufkäufer und auch die Verbindung, die besonders in Berlin die neue Oberschicht der großen Inflationsgewinnler in starker jüdischer Durchsetzung mit dem Amüsierbetrieb, mit Film, Theater und Presse einging, blieb in unguter Erinnerung und führte immer wieder zu dem sachlich falschen Schluß, als hätte die Ausnutzung der Inflation etwas mit ihrer Verursachung zu tun.

Durch die Zurückführung der Inflation auf den verlorenen Krieg und den Versailler Vertrag erzwangen die Weimarer Parteien geradezu die politische Radikalisierung der jüngeren Jahrgänge. Daß ein demokratischer Staat, in dem fünf Jahre hindurch diese Verwilderung aller wirtschaftlichen Verhältnisse Platz greifen konnte, bei der Jugend keine Liebe fand, war unvermeidlich. Was sollte man tun? Ab 1921 entschloß sich ein Teil der Jugend zum händlerischen Mitmachen. Das fing oft schon in den Oberklassen der Gymnasien an. Die Banken stockten auf und ihre jüngsten Lehrlinge spekulierten an der Börse, das heißt kauften Wertpapiere auf Hausse, und zwar mit Erfolg. Andere verachteten dieses Treiben und wünschten Schluß mit Versailles. Diese Opposition führte die aktiven Jungarbeiter, aber auch viele Intellektuelle, ins Lager des Kommunismus. Ein Teil der Studenten und der aus dem Krieg heimgekehrten Kriegsoffiziere, die mangels anderer Kleidung zumeist noch ihre feldgrauen Uniformen mit leichten Veränderungen trugen, gingen ins Lager der Rechtsopposition. Daß diese politische Radi-

kalisierung der Bevölkerung, zumal der Jugend, deren sichtbare Zeichen der Kapp-Putsch, die Aufstände an der Ruhr, in Thüringen und Sachsen und zum Abschluß der Hitler-Putsch in München waren, nicht einer echten politischen Notwendigkeit, einem unvermeidbaren Aufeinanderprallen politischer Ideologien entsprang, ist durch die sofort anders laufende Entwicklung in den wirtschaftlich guten Jahren von 1924 bis 1929 erwiesen. Damals gewann die Weimarer Republik auch bei der Jugend sofort an Boden und eine gefährliche Zusammenballung des politischen Radikalismus war nicht mehr möglich. Das wäre schon 1920 eingetreten, wenn nach der Demobilisierung des deutschen Heeres die deutsche Arbeitskraft und die deutsche Jugend in einer geldlich geordneten Wirtschaft ihren Platz und auch ihren Lohn gefunden hätten. Vom Kriege hatte, wie es die Entwicklung von 1924 bis 1929 bewies, die weit überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung genug. Aber der Wahnsinn der uferlosen Geldentwertung ließ keine Ruhe zu und verwandelte ab 1922 die Menschenmassen in einen aufgestörten Ameisenhaufen. Am glücklichsten waren damals, von der ländlichen Jugend abgesehen, deren Lebensunterhalt gesichert war, und abgesehen von den wenigen Familien mit alten Sachvermögen oder einem sonst gehüteten Wohlstand, die jungen Menschen, die in dem materiell anspruchslosen Leben der deutschen Jugendbewegung das Gedränge und die Nöte des Tages übersehen konnten, ohne in einen politischen Radikalismus flüchten zu müssen.

Die volkswirtschaftlichen Schäden der deutschen Inflation bestanden nicht, wie oft behauptet wird, in dem Verlust des sogenannten Geldkapitals. Das galt für den einzelnen Geld- und Geldtitel-Besitzer. Allen entwerteten Forderungen des deutschen Gläubigers standen auf der anderen Seite entwertete Verpflichtungen eines deutschen Schuldners gegenüber. Das glich sich also im Inland gesamtwirtschaftlich aus, wenn sich auch aus dem plötzlichen Schwund übertragbarer Geldforderungen rein finanztechnisch ungewohnte Finanzierungsmethoden und damit Finanznöte ergaben. Die tatsächliche Schwächung der deutschen Volkswirtschaft trat aber in einem bedeutenden Umfang

24

außenwirtschaftlich ein. Die auf Mark lautenden deutschen Auslandsforderungen, die allerdings zumeist schon aus politischen Gründen beschlagnahmt waren, wurden entwertet zurückgezahlt. Das war aber nur der kleinere Teil des außenwirtschaftlichen Schadens. Es ist schon erwähnt, daß die schlechte Bewertung der Mark im Wechselkurs mit ausländischen Währungen zunehmend die erst kommenden inländischen Preissteigerungen vorwegnahm, so daß sich hier große Disagios zuungunsten des deutschen Außenhandels ergaben. Wir gaben infolge der vorweggenommenen Unterbewertung der Mark zu viel deutsche Exportwaren gegen zu wenig ausländische Importwaren her, arbeiteten als für das Ausland zu billig. Es war dies in den fünf Inflationsjahren ein ähnlicher Vorgang, wie ihn die sowjetische Besatzungszone Jahre hindurch nach Ende des Zweiten Weltkrieges durch die Zwangsexporte nach Rußland zu ungünstigen Verrechnungspreisen erlebte. Dazu kamen die unmittelbaren ausländischen Ankäufe von deutschen Liegenschaften und deutschem Industriebesitz, vor allem durch Erwerb von Aktien. Wenn auch über den Gesamtbetrag dieser Verluste Zahlen nicht zu erbringen sind, so darf man doch sagen, daß der Kampf gegen die Reparationen, soweit er durch eine Entwertung der deutschen Währung geführt wurde, auch dem Ausland gegenüber eine kostspielige Methode war, wahrscheinlich ebenso teuer wie die späteren Jahresraten der Reparationen selbst. Die Inflation war dem Ausland gegenüber ein ständiger Ausverkauf. Dieser Ausverkauf hatte allerdings den Vorteil, daß überhaupt wieder ans Ausland verkauft werden konnte und daß im Unterschied zur Deflationskrise sich in den Inflationsjahren die Räder drehten und eine offizielle Arbeitslosigkeit nicht vorhanden war. Dieser Vorteil wog aber nicht die Schäden auf, die die Inflation politisch und sozial im Gesamtgefüge unseres Volkes anrichtete und die auf dem Höhepunkt der Inflation das Reich an die Grenzen der Auflösung brachte.

25

Einstellung der Parteien und der öffentlichen Meinung zu Brünings Deflationspolitik – Die Ohnmacht der Reformer –

Brünings Kürzungs- und Sparnotverordnungen und die Restriktionsmaßnahmen der Reichsbank fanden ihrer Wirkungen wegen keinen Beifall, sie stießen aber in der Öffentlichkeit und in der Wirtschaft nicht auf unbedingte Ablehnung, wenn man von der politischen Propaganda der Nationalsozialisten und der Kommunisten absieht. Man murrte, wußte aber selbst nichts Besseres. Die Reformer, verstreut und miteinander nur teilweise bekannt, waren politisch nicht organisiert und hatten auch kein Publikationsorgan. Sie konnten nur als einzelne wirken. Die Fachgelehrsamkeit war sich nicht einig und neigte in falscher Sorge um Wechselkurs und Inflationsgefahr überwiegend zu einer Bejahung des Restriktionskurses. Das schon zitierte offene Bekenntnis des Professors Edgar Salin gibt darüber Auskunft. Ebenso wie er hatten auch der Nationalökonom Professor Röpke und Reichsfinanzminister a. D. Professor Dr. Hilferding, der als Vertreter der sogenannten Wiener Schule damals im Ruf eines kundigen Währungsspezialisten stand, noch im September 1931 die Finanzierung eines wirkungsvollen Arbeitsbeschaffungsprogramms mit Hilfe der Reichsbank abgelehnt. Der wohl angesehenste deutsche Wirtschaftspublizist, Dr. Gustav Stolper, Herausgeber der viel gelesenen und führenden Wirtschaftszeitschrift »Der Volkswirt«, äußerte sich zu den Ursachen der Krise und zu den Problemen der Währung rätselhaft. Er schrieb in der Weihnachtsnummer 1931 seiner Zeitschrift folgendes: »Über die Ursache für die große Krise: Kriegsverwüstung und Kriegsbedarf, Blockade und Inflation, Untergang und Entstehung neuer Staaten mit neuem Machtapparat, technische Revolution in Industrie und Landwirtschaft, soziale und moralische Revolution: neue Lebensformen, neue Sexualmoral, neue Ernährungssitten, neue Frauentracht, neues Verhältnis zur Natur, Erwachen des allgemeinen Sportbetriebs – niemals haben sich in der Wirtschaftsgeschichte Störungsquellen annä-

hernd gleichen Ausmaßes in solchem Umfang gehäuft wie in den mehr als anderthalb Jahrzehnten . . . seit Kriegsausbruch . . .[51].«

Hier darf man zur Entlastung von Brüning und Luther sagen: Was sollten sie wohl, wenn sie den »Deutschen Volkswirt« zur Hand nahmen, für Schlüsse aus diesem Sammelsurium von Gründen ziehen, von denen auch nicht ein einziger etwas mit der Entstehung und dem Weiterlauf der Krise zu tun hatte? Sie waren auch schon in den guten Vorkrisenjahren vorhanden gewesen. Vom deflationistisch gestörten Geldumlauf, dem wirklichen Grund der Krise, sagt Stolper kein Wort. Stolper war es auch gewesen, der in einer Reichstagsdebatte vom 20. Februar 1931, als Reichstagsabgeordneter der Deutschen Staatspartei, geäußert hatte, er halte es für möglich, daß durch den Rückruf der Auslandskredite wegen Wegfalls der vorgeschriebenen Deckung eine Halbierung des deutschen Notenumlaufs eintrete und daß auch der Reichsbankdiskont erheblich heraufgesetzt würde. Das sei aber nicht bedenklich, weil hierdurch der Goldstrom wenigstens zum Teil wieder nach Deutschland zurückgedreht würde. Die Folge wäre eine stürmische Erhöhung der Ausfuhr und ein rapides Sinken der Einfuhr, so daß der nach Deutschland fließende Devisenstrom die Rückzahlung der gekündigten Kredite, die Zahlung der Reparationen und Zinsen gestatten würde.

Daß bei diesem Prozeß der Halbierung des Notenumlaufs, daß heißt der Kündigung der Mehrzahl der innerdeutschen Kredite, zunächst erst einmal die ganze deutsche Wirtschaft zerbrechen würde, hat Dr. Stolper im Reichstag nicht vorgetragen.

Brüning konnte in seiner Stettiner Wahlrede auch mit Recht darauf hinweisen, daß ihm fälschlich vorgehalten werde, er solle doch in Wirtschaftsfragen auf den Rat der Sachverständigen und der Wirtschaft hören. Das täte er durchaus, er beriete sich mit ihnen, aber sie wüßten es nicht besser und hätten auch keine übereinstimmende Meinung. Es war in der Tat so, daß die Theoretiker der Wirtschaftswissenschaft und die Praktiker der Wirtschaft und der sogenannten Hochfinanz, also die Inhaber und Vorstandsmitglieder der großen Bankhäuser, damals tief in den Vorstellungen von dem Materialwert des Geldes befangen wa-

51 Zitiert nach: »Deutschland in der Weltwirtschaftskrise«, a.a.O., S. 253.

2

ren und der Goldgeldlehre anhingen, wie sie bis zum Ersten Weltkrieg unangefochten bestanden hatte. Auch die Herren der Hochfinanz kannten in der Wirtschaftskrise, so unwahrscheinlich das heute klingt, als Gefahr für die Währung nur die Inflation, nicht aber die Deflation, obwohl ihre eigenen Banken an der Deflation zu zerbrechen drohten. Sie gaben also, wie dies damals in den Kreisen der Reformer von dem einen und dem anderen Bankier berichtet wurde, auch dem Reichskanzler Brüning den gleichen Rat, den sie sich selbst und ihrer Kundschaft gaben: unnötige Ausgaben vermeiden, sparsam das Geld zusammenhalten und liquide bleiben. Dem sich in der Krise auftuenden Widerspruch, daß dieser Rat zwar für den privaten Bereich zur Selbsterhaltung in der Krise richtig ist, daß aber die öffentliche Hand sich zur Bekämpfung der Krise umgekehrt zu verhalten habe, war man damals geistig noch nicht gewachsen, so selbstverständlich das heute ist. Professor L. Albert Hahn, damals Hauptaktionär der Deutschen Effecten- und Wechselbank in Frankfurt, war unter den bekannten Bankiers der einzige entschiedene Gegensprecher. Er war in persönlichen Besuchen bei Luther bemüht, Luther von seinem Deflationskurs abzubringen, aber auf ihn, der neben Professor Dr. Wagemann, dem Präsidenten des Statistischen Reichsamtes und Direktor des Instituts für Konjunkturforschung, der führende Reformer war, hörte man nicht.

Ob Luther innerhalb des Reichsbankdirektoriums Widerspruch fand, ist nicht bekannt geworden. Es gab jedenfalls keine Rücktritte aus Protest gegen Luthers Restriktionsmaßnahmen. Auch Brünings Kabinett zerbrach nicht an seiner Deflationspolitik. Der Widerspruch des Reichswirtschaftsministers Dr. Hermann Warmbold, der sich weigerte, die deflationistische Notverordnung vom 8. Dezember 1931 mitzuunterzeichnen, blieb weitgehend unbekannt und löste keine Kabinettskrise aus[52]. Warmbold schreibt darüber in einer Eingabe an die Frankfurter Allgemeine Zeitung, veranlaßt durch die Besprechung des schon erwähnten Buches von Reichsminister a. D. Treviranus am 17. Oktober 1968 folgendes[53]:

52 Brüning, a.a.O., S. 479 u. 503.
53 »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, Nr. 242 vom 17. Oktober 1968.

»1) Ich habe die Notverordnung vom Dezember 1931 nicht unterschrieben. Sie mußte die bestehende Deflation zusätzlich verschärfen, die wachsende Zahl der Arbeitslosen zusätzlich erhöhen und die Nöte breiter Schichten des Volkes verschärfen.

2) Die damit fällige Demission mußte ich in Rücksicht auf die bevorstehende Neuwahl des Reichspräsidenten verschieben. Ich reichte das Demissionsgesuch daher erst nach der im zweiten Wahlgang erreichten Wiederwahl des Reichspräsidenten Mitte April 1932 ein.

3) Wahrscheinlich aus politischen Gründen verzögerte sich die Genehmigung. Ich blieb daher alsbald den Kabinettssitzungen fern. Das Gesuch wurde am 5. 5. 1932 genehmigt.

4) Der Verfasser (Treviranus) bringt mich in eine nicht bestehende enge Verbindung mit Gördeler, den ich einmal gesehen habe, als er sich mir als Preiskommissar vorstellte. Mit seiner Denkschrift hatte ich nichts zu tun. Von ihrem Bestehen habe ich erstmalig durch die unzutreffenden Ausführungen des Verfassers gehört.

5) Abwegig sind die Behauptungen, daß die Reichswehrführung oder Schleicher Brüning verleitet hätten, mich ins Kabinett zu berufen. Schleicher lernte ich erst im Kabinett kennen, als er Wehrminister geworden war.

6) Irrig ist auch die Angabe, daß Schleicher mich bei der Umbildung der Regierung im Dezember 1932 – gemeint ist wohl die Bildung des Kabinetts Schleicher – endgültig hätte fallenlassen. Wahr ist, daß Schleicher mich in sein Kabinett berief und ich ihm bis zur sog. Machtergreifung angehört habe. Auf meinen Antrag bin ich sodann ausgeschieden.«

In den nichtradikalen Parteien des Reichstags gab es wegen der Brüning-Lutherschen Deflationspolitik keine Spaltungen oder sonst für die Bevölkerung erkennbare Auseinandersetzungen. Zentrum und klein gewordene Demokratische Partei (Deutsche Staatspartei) stimmten vorbehaltlos zu, die SPD murrte, aber schwieg.

Der damalige demokratische (staatsparteiliche) Reichstagsabgeordnete Heuss, unser späterer Bundespräsident, erklärte in seiner letzten Reichstagsrede vom 11. Mai 1932 zur Finanzierung einer Arbeitsbeschaffung durch zusätzlichen Geldeinsatz

4

der Reichsbank folgendes[54]: »Die Inflation würde morgen vorhanden sein, mit diesem zusätzlichen Geld, das sich der Regulierung durch den Diskont entziehen würde, die Inflation, die ja zudem nicht nur eine Frage von mechanischen Mengenmanipulationen ist, sondern ein psychologisches Problem. Von der Regierung aber erwarten wir, daß sie, so hart die Auswirkungen der deflatorischen Periode, in der wir drinstecken, sind, auf diesem Gebiete bis zum letzten allen Währungsexperimenten widersteht, denn das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft könnte sie nicht ertragen (Sehr wahr! in der Mitte.).«

Die breite Masse der Bevölkerung war in Währungs- und Konjunkturdingen ohne eigenes Wissen und ohne eigene Meinung. Sie folgte zunächst den Leitartikeln der nichtradikalen Zeitungen, insbesondere der Generalanzeigerpresse, die ganz und gar auf Inflationsangst und Aufrechterhaltung des Wechselkurses abgestellt waren. Die auf Anraten des Nationalökonomen Keynes bewußt herbeigeführte Abwertung des englischen Pfundes wurde in den deutschen Zeitungen irreführend unter die Überschrift gebracht: »Weltwährung wird Treibholz«. Dann folgten immer breitere Massen in dem wachsenden Elend der radikalen politischen Propaganda, vor allem der nationalsozialistischen, die Arbeit und Brot versprach. Irgendeine geld- und konjunkturmäßige Aufklärung war damit nicht verbunden.

Das außenpolitische Ziel, dem Brüning die inneren wirtschaftlichen Verhältnisse unterordnete, verhinderte nicht nur zusammen mit seinen Irrtümern über Geld und Währung die Bekämpfung der Krise, es gab auch der deutschen Bevölkerung eine falsche Blickrichtung, was sich in der politischen Radikalisierung übel auswirkte. Man war sich in Deutschland in den Krisenjahren bis 1933 gar nicht bewußt, in einer Welt-Wirtschaftskrise zu stecken. Die 6 Millionen deutschen Arbeitslosen des Jahres 1932 wußten nicht, daß gleichzeitig in Amerika und England Millionen Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz verloren hatten und ein ähnliches Elend wie sie selbst durch-

54 Theodor Heuss, »Erinnerungen 1905–1933«, S. 429.

machten. In den Zeitungen war zwar hier und da auch von der Krise im Ausland die Rede, aber entsprechend den amtlichen Parolen wurde das deutsche Elend doch nur in einen Zusammenhang mit dem verlorenen Krieg und mit dem Versailler Vertrag gebracht. In den dreißiger Jahren war die Erinnerung an die guten und geordneten wirtschaftlichen Verhältnisse vor 1914 noch allenthalben wach. Daß dies nun alles verschwunden war und nach dem Taumel der gerade sechs Jahre zurückliegenden Inflationszeit das Unglück der wirtschaftlichen Zusammenbrüche und der Dauerarbeitslosigkeit folgte, wurde im Bewußtsein der Massen, aber auch der gebildeten Stände mit dem verlorenen Krieg erklärt.

Hier entstand durch den falschen Zungenschlag der Weimarer Regierungsparteien ein Wettlauf in eine falsche Richtung. Schon die Ausdeutung der Inflation als eine angeblich unvermeidliche Folge von Versailles hatte die Jugend in die Lager der Links- und Rechtsopposition getrieben. Die guten Zwischenjahre hatten dann zum mindesten die Rechtsopposition wieder besänftigt. Die Kommunisten hatten es allerdings auch in der Reichstagswahl von 1928 bei nur 12 nationalsozialistischen Abgeordneten auf 54 Reichstagsabgeordnete gebracht. Jetzt aber gab das allgemeine Elend, das die Regierung Brüning mit dem verlorenen Krieg und den Reparationslasten erklärte, die radikalen Angriffe auf Versailles wieder frei. Das, was mit dem verlorenen Krieg und dem Versailler Vertrag zusammenhing, war aber auch die deutsche Demokratie selbst. Hätte die Regierung Brüning, wie es der Wahrheit entsprach, damals dem deutschen Volk erklärt, daß Deutschland in einer Welt-Wirtschaftskrise stecke, die nicht im besiegten Deutschland, sondern im reichen Siegerland Amerika entstanden war und in Chicago und Detroit zu ähnlichen Zusammenbrüchen und Schlangen der Arbeitslosen geführt hatte wie in Essen und Hamburg, so hätte das zwar auch keinen deutschen Arbeitslosen satt gemacht, es hätte aber den innerpolitischen Radikalismus entschärft und hätte, erkannt und ausgesprochen, die Aufmerksamkeit auf die wirtschaftlichen Maßnahmen der Krisenbekämpfung gelenkt statt auf die Aufhebung der Reparationen, die nach Erlaß des Hoover-Moratoriums ohnehin nicht gezahlt wurden und für die Verschärfung der Krise unerheblich waren.

6

Ohne diese Erkenntnis vom Wesen und Zusammenhang der Deflationskrise als einer Welt-Wirtschaftskrise waren sich aber alle Weimarer Parteien einschließlich der Nationalsozialisten darin einig, daß Versailles die Wurzel des Übels sei und deshalb beseitigt werden müsse. Brüning wollte es vorsichtiger und zunächst auf die Reparationszahlungen und die Abrüstung bezogen, die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten wollten dieses »Herr mach uns frei« radikaler, auch unter Einbeziehung neuer Grenzen. Man muß zugestehen: Wenn es wirklich nur an Versailles lag, daß Deutschland erst fünf Jahre hindurch sein Geld bis zum billionsten Teil entwertete und jetzt das Chaos der Massenarbeitslosigkeit erlebte, so war der Aufstand gegen Versailles gerechtfertigt. Die einzige politische Partei, die damals in Deutschland dieser Blickrichtung nicht verfiel, sondern eine übergeordnete Erklärung zur Hand hatte, war die Kommunistische Partei. Für die Kommunisten hatten die Krisen in Amerika, Deutschland und England durchaus einen Zusammenhang. Es war nach kommunistischer Auffassung nicht der vordergründige Versailler Vertrag – über diese nationalistische Schutz- oder Ausbeutererklärung lächelten sie –, sondern das kapitalistische System als solches, das angeblich in den letzten Zügen lag und durch die kommunistische Diktatur des Proletariats ersetzt werden müßte. Mit 104 kommunistischen Reichstagssitzen im Juli 1932 hatte diese Erklärung der Krise damals viele überzeugt.

Der Historiker wird fragen, wer damals – nicht heute – die Regierung Brüning und den Reichsbankpräsidenten Luther wirklich eines Besseren hätte belehren können. Die weitgehende Zustimmung, die Brüning und Luther für ihre Spar- und Restriktionsmaßnahmen von Parteien und Wirtschaftspublizisten erhielten, entschuldigt sie zwar nicht, denn sie selbst mußten auf Grund ihrer Ämter die richtige Entscheidung treffen. Die Zustimmung war auch in sich ganz unsicher. Sie wurde ohne Zögern und mit derselben Einhelligkeit auch dem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm des Jahres 1933 entgegengebracht, das über Mefo-Wechsel in Milliardenhöhe mit Hilfe der Reichsbank finanziert wurde und die entschiedene Abkehr von

7

der bisherigen Deflationspolitik darstellte. Die Jahre hindurch immer wieder beschworenen Hindernisse: Inflationsangst der Bevölkerung, Deckungsbestimmungen des Reichsbankgesetzes, zu erwartende Proteste des Auslands, hatten sich nach dem 30. Januar 1933 in den Köpfen der wirtschaftlichen und politischen Intelligenz und auch bei der hohen Ministerialbürokratie und im Reichsbankdirektorium schnell verflüchtigt und waren dem Wunsch gewichen, auf jeden Fall aus der Krise herauszukommen. Diese Sinneswandlung in der Öffentlichkeit hätten auch Brüning und Luther erlebt, wenn sie selbst schon vor Jahr und Tag das Steuer herumgeworfen hätten. Die öffentliche Meinung in Währungs- und in Konjunkturdingen war, weil unwissend, labil.

Es ist aber richtig, daß Brüning und Luther keine organisierte Aufklärung gegenüberstand. Die Gegenpartei der »Reformer« war zahlreich und auch in vielen Schichten und Berufskreisen zu finden. Es waren aber Einzelgänger oder kleinere Gruppen mit ganz unterschiedlichen, zumeist nicht weitreichenden Einflußmöglichkeiten und einem spärlichen Zugang zur Presse. Von der politisch organisierten Gegenmeinung der Nationalsozialisten und Kommunisten darf hierbei abgesehen werden. Mit ihnen über die Beibehaltung oder Aufhebung des Deflationskurses, Deckung des Geldumlaufs, Änderung des Wechselkurses, Grenzen für die Inanspruchnahme der Reichsbank usw., ernsthaft zu verhandeln, war nicht möglich, weil diese Umsturzparteien gar nicht die schnelle Beendigung der Wirtschaftskrise, sondern den totalen Austausch des »Systems« wollten.

Die politisch nicht gebundenen Reformer, die die Deflationskrise beseitigen wollten, nicht mit allgemeinen politischen Änderungen, sondern mit den zureichenden Mitteln der Geldseite, waren wie die Krise selbst eine internationale Erscheinung. In den USA gehörten dazu die »Eierköpfe« der Ära Roosevelt, in Großbritannien der Kreis um Keynes. In Deutschland war das Institut für Konjunkturforschung mit seinem Leiter Professor Wagemann ein Sammelpunkt. In der Bankwelt war es vor allem der Frankfurter Bankier und Währungstheoretiker Professor L. Albert Hahn, der damals unermüdlich und verzweifelt protestierte, weil er das ganze Unheil auch in politischer Hinsicht kommen sah. Viele andere Namen mit den von ihnen

entwickelten Einzelplänen wären hier zu nennen[55]. Statt dessen sei auf die Einzelangaben in dem Buch von Wilhelm Grotkopp verwiesen[56]. Die Reformer hatten, wie Luther selbst berichtet, in den Deflationsjahren viele Hunderte von Briefen und Eingaben an die Reichsbank und an die Regierung geschickt. Ein auf Kreditausweitung für die Arbeitsbeschaffung abgestellter Plan von Professor Wagemann war veröffentlicht und von Brüning abgelehnt worden. Auf Luther, der offensichtlich die Eingaben ungelesen in die Akten oder in den Papierkorb wandern ließ, weil er sie ebenso wie Brüning für moralisch verwerfliche Inflationsprojekte hielt, wenn nicht sogar für Wahnideen von Geisteskranken (auch solche werden dabei gewesen sein),

55 Eine gewisse volkstümliche Ausdehnung hatten die Reformer in den Kreisen der Silvio-Gesell-Anhänger, die sich auch als politische Kleinpartei organisiert hatten. Silvio Gesell ist der Vater vieler moderner Gedankengänge, die sich auf die Geldseite der Wirtschaft und das Verhältnis von Geldumlauf und Krise beziehen. Auch die meisten Reformer kannten sein Buch »Die natürliche Wirtschaftsordnung«, ohne es aber zu nennen. Keynes hat Silvio Gesell lobend erwähnt. Silvio Gesell hatte seine Erfahrungen in den südamerikanischen Geldkrisen gesammelt. Durch seine Lehre vom Schwundgeld ist er unberechtigt in Verruf gekommen. Mit dem Schwundgeld wollte Gesell erreichen, daß im Geldumlauf keine zur Deflationskrise führende Unterbrechung eintritt. Seine Beobachtung war richtig, auf die Technik aber kam es nicht an. Gesell wollte eine Technik entwickeln, die sich in einem total liberalen Staat von selbst verwirklichte und kontrollierte. Durch seine Anhänger, die zum Sektierertum neigten und die das Wort »natürlich« in dem Titel von Gesells Buch zum Losungswort für alle möglichen Programme einer natürlichen Lebensweise machten, ist Silvio Gesell in der Geldwissenschaft in einen falschen Ruf geraten. Hierzu trug auch noch bei, daß Gesell sich nach 1918 in Bayern der Räterepublik als Finanzminister zur Verfügung gestellt hatte und von dort das Schwundgeld einführen wollte. Anhänger von Gesell sind heute noch organisiert. Politisch haben sie auch noch in der Schweiz in den Kantonatswahlen eine gewisse Bedeutung. Der Name von Gesell muß im Zusammenhang mit der Bekämpfung der großen Deflationskrise lobend erwähnt werden, weil es weitgehend die zuerst von Gesell entwickelten Grundansichten waren, die von den Reformern vertreten wurden und in ihrer Weiterwirkung der heutigen modernen Konjunkturbetrachtung zugrunde liegen. Die Gesell-Anhänger, die sich Freiwirte nannten, gaben in den Krisenjahren eine Wochenzeitung »Der Neue Kurs« heraus. Es war nur ein Blättchen, hielt aber Woche für Woche der Regierung Brüning und der Reichsbank vor, was sie falsch machten.

56 Dr. Wilhelm Grotkopp, »Die große Krise«, Düsseldorf 1954.

9

wurde sogar ein Attentat verübt. Brüning und Luther konnten also nicht behaupten, daß man sie nicht unterrichtet hätte[57].

Die Eingaben der Reformer, die für ihre Vorschläge noch kein einheitliches Vokabular benutzten, sahen für die Mobilisierung der Geldseite, die zur Überwindung der Krise erfolgen mußte, unterschiedliche Wege vor, deren Einzelheiten, wie wir heute sagen würden, ohne Grund für wichtig genommen wurden. Es kam in der Tat nur darauf an, daß sich mit Hilfe einer vom Staat zu finanzierenden Initialzündung die Deflation genauso zurückspulte, wie sie gekommen war, das heißt, daß sich die große und die kleine Wirtschaft wieder zutraute, Aufträge zu vergeben und Arbeiter einzustellen, deren in den Konsum umgewandelten Lohntüten dann das Vertrauen rechtfertigen, das die Wirtschaft in ihre Auftragserteilung gesetzt hatte, mit dem sich dann selbst beschleunigenden weiteren Effekt. Bei dem ungeheuren Umfang, den die Deflationskrise in Deutschland und auch in den USA schon Mitte 1931 erreicht hatte, mußte die staatliche Initialzündung kräftig sein, damit Aufträge und Konsum sich belebten und der Preisverfall zum Stillstand und dann zur Umkehr kam.

Irgendwann endet natürlich auch von selbst jede Deflationskrise, weil sich nach Liquidierung der Zusammenbrüche der wirtschaftliche Optimismus eines Tages wieder auf dem neuen Preis- und Bilanzniveau regt. Wann das in Deutschland in den dreißiger Jahren von selbst eingetreten wäre, kann man hinterher nicht sagen. Hätten die damaligen Deutschen, auch die Arbeitslosen, gewußt, welches Unglück der Nationalsozialismus unter Hitler über Deutschland und die Welt bringen würde, so hätten sie sicherlich das Elend der Krise und der Arbeitslosigkeit noch gerne länger ertragen. Aber das ist eine hypothetische Betrachtung.

Für eine rechtzeitige Bekämpfung der Krise unter Brüning wäre es von großer Bedeutung gewesen, wenn die Mehrheitssozialisten und die linke Publizistik eine Abkehr von der Deflations-

57 Treviranus – a.a.O., S. 177 – nennt als Einreicher der von Brüning abgelehnten antideflationistischen Reformvorschläge die Namen Massmann, Keup, Ullmann, Habermann und Lautenbach.

politik gefordert hätten. Die SPD verhielt sich aber abwartend ohne ein eigenes Gegenkonzept. In dem Streit um die Erhöhung der Abgaben für die Arbeitslosenversicherung, die im Frühjahr 1930 notwendig geworden war, wenn man nicht die Fürsorgesätze an die Arbeitslosen kürzen wollte, war es zum Rücktritt des sozialdemokratischen Reichskanzlers Müller und zur Berufung Brünings gekommen, den, so wurde behauptet, General von Schleicher dem Reichspräsidenten von Hindenburg zur Ernennung vorgeschlagen hatte. Die SPD nahm die Brüningschen Notverordnungen hin, auch die große Kürzungsverordnung vom 8. Dezember. Die eigene Initiative auf diesem Gebiet blieb gering. Der preußische sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun berichtet[58], daß die preußische sozialdemokratische Regierung am 24. Oktober 1930 der Reichsregierung Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgeschlagen habe. Weitere Entlassungen von Arbeitern und Angestellten sollten danach solange verboten sein, wie für die Belegschaft der Betriebe für vierzig Wochenstunden oder Fünftagesschichten Beschäftigung vorhanden war. Um das Zuströmen neuer Arbeitskräfte zu verhindern, sollte die Schulpflicht um ein Jahr verlängert werden. Das war natürlich keine antizyklische Krisenbekämpfung, sondern waren reine Palliativmaßnahmen, über die der heutige sozialdemokratische Wirtschaftsminister Professor Schiller lächeln würde. Braun berichtet dann aber auch über weitere Vorschläge der SPD, die Straßenbau- und Meliorationsprojekte betrafen, deren Finanzierung aber an Reichsbankpräsident Luther gescheitert sei, der auf die 40prozentige Deckungsgrenze des Geldumlaufs hingewiesen habe. Im April 1932, als auch nach Angabe von Braun mit schnell wirkenden und einschneidenden reichsgesetzlichen Maßnahmen hätte geholfen werden müssen, hätte die Vierzigstundenwoche zur Deckung der Arbeitskräfte längst nicht mehr ausgereicht. Auf dem damaligen Gewerkschaftskongreß habe er deshalb eine viel weitergehende Arbeitszeitverkürzung gefordert. Sie müßte – so habe er damals ausgeführt – ohne Lohnausgleich bei gleichem Stundenlohn und Akkordsätzen durchgeführt werden. Da-

58 Otto Braun, »Von Weimar zu Hitler«, 2. Auflage New York 1940, S. 316.

für müßte auch der noch Beschäftigte Opfer bringen. Da seine Ausführungen gegen die bisher hochgehaltene Gewerkschaftsdoktrin vom Lohnausgleich verstieß, habe er Widerspruch erwartet. Die Teilnehmer des Gewerkschaftskongresses hätten aber den Ernst der Situation begriffen und lebhaft zugestimmt.

Wenn die Mitglieder des Gewerkschaftskongresses und Braun selbst damals – im April 1932 bei über 6 Millionen Arbeitslosen und Millionen Kurzarbeitern – wirklich den Ernst der Lage begriffen hätten, hätten sie sich nicht mit solchen Arbeitsverkürzungsvorschlägen abgegeben, die keinerlei Produktions- und Konsumerhöhungen brachten, sondern hätten den massiven Einsatz von Staat und Reichsbank für ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm gefordert. Aber hier, an diesem entscheidenden Punkt, war die SPD selbst deflationistisch und voller unsinniger Inflationsängste. Braun rechtfertigt deshalb in seinem Erinnerungsbuch auch die Deflationspolitik Brünings[59]: »Obwohl man über die Zweckmäßigkeit der vielfältigen Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen, mit denen die Reichsregierung sich im Jahre 1931 bemühte, der Finanzmisere Herr zu werden, im einzelnen abweichender Auffassung sein konnte, waren sie doch im Grunde unerläßlich.«

Diese deflationistische, von Inflationssorgen bestimmte Haltung der damaligen Sozialdemokratie, die eigene energische Vorschläge zur Krisenbekämpfung verhinderte und ganz auf Abwarten abgestellt war, bestätigt auch der frühere sozialdemokratische bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner in seinem 1959 erschienenen Erinnerungsbuch »Der schwierige Außenseiter[60]«: »Die Sozialdemokratie glaubte (Herbst und Winter 1932), den Zusammenbruch der Nazipartei in Ruhe abwarten zu können. Der Vorstand der Reichstagsfraktion ließ dringende Einladungen des neuen Reichskanzlers, General von Schleicher, der am 2. Dezember 1932 von Hindenburg ernannt worden war, zu mündlichen Besprechungen unbeantwortet. In dieser Zeit verlangten die freien Gewerkschaften für Zwecke der öffentlichen Arbeitsbeschaffung eine Kreditausweitung um 1,75 Milliarden Mark, um dadurch eine Million Erwerbslose

59 Otto Braun, a.a.O., S. 318.
60 Wilhelm Hoegner, a.a.O., S. 71.

wieder in Arbeit zu bringen. In unserer Reichstagsfraktion rangen die Wirtschaftsexperten die Hände und behaupteten, das sei der Anfang einer neuen Inflation. Mit knapper Mehrheit setzten die Gewerkschaften ihren Antrag durch. Ich stimmte damals mit ihnen. Aber er kam um Jahre zu spät und brachte (der SPD) nicht den geringsten Erfolg.«

Die Programmlosigkeit der Sozialdemokratie hinsichtlich der Deflationskrise war ein Ergebnis der schwierigen Lage, in der sich die Wirtschaftstheorie des Reform-Marxismus seit jeher befand. Diese schwierige Lage hatte in Deutschland schon 1919 den Beginn einer Sozialisierung der Betriebe verhindert, mit der man in der Revolution vom November 1918 allgemein gerechnet hatte.

Die SPD als politische Partei, aber auch die sogenannte heimatlose Linke, soweit sie nicht verkappte Kommunisten waren, hatten keine gedanklich geordnete Gesamteinstellung zu dem Auf und Ab der Wirtschaftskonjunkturen. Die Sozialisierung hatten die Mehrheitssozialisten gescheut in der nicht unberechtigten Sorge, daß dann zunächst ein großer Produktionsverfall mit einer entsprechenden Verarmung der Gesellschaft eintreten würde. Wie aber das Auf und Ab der kapitalistischen Konjunkturen und Krisen zu erklären sei, wußten sie nicht. Lag es doch an den ungerechten Eigentumsverhältnissen und in der Großindustrie am sogenannten Monopolkapitalismus oder der Tendenz dahin?

Das war die marxistische Lehre, wie sie der Kommunismus vertrat, der deshalb gegen die ungerechte Verteilung der Eigentumstitel die totale Sozialisierung der Betriebe mit der güterwirtschaftlichen Planwirtschaft des Staates setzte, in der dem Geld und den Märkten die sogenannte Spontaneität genommen wurde. Nach dieser Lehre entstünden die kapitalistischen Krisen durch die Profitgier der Eigentümer der Produktionsmittel, die den Arbeitern und Angestellten den Mehrwert entziehe[61]. Er wird als Unternehmergewinn einbehalten. Hieraus käme, so sieht es der kommunistische Marxismus, mit Notwendigkeit

61 Der Mehrwert ist nach marxistischer Definition der Überschuß des Produktionswertes über den Wert der verzehrten Produktionsbildner, das heißt der Produktionsmittel und der Arbeitskraft.

13

eine unverkäufliche Überproduktion, deren Symptom die Absatzkrise mit einhergehenden wirtschaftlichen Zusammenbrüchen und Arbeitslosigkeit sei. Die Krisen, die mit zunehmender Zusammenballung der Betriebe in den Händen von Monopolkapitalisten immer häufiger, heftiger und weltweiter würden, würden schließlich den Kapitalismus bis zu seinem wissenschaftlich notwendigen Ende begleiten, worauf der politische Kommunismus noch heute wartet.

So zutreffend es ist, die kapitalistischen Krisen als Absatzkrisen zu beurteilen, so unzutreffend ist jedoch die dafür vom Marxismus gegebene Begründung. Hätten die kapitalistischen Krisen ihre Ursache in dem Gewinn des Unternehmers, der den erarbeiteten Mehrwert den Arbeitern und Angestellten vorenthält, so daß sie zwar Waren produzieren, aber diese Waren nicht ausreichend kaufen können, so müßte das ständig bemerkbar sein und die Absatzkrisen verewigen. Die bisherigen Krisen und auch die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre kamen aber plötzlich nach Jahren lebhafter Wirtschaftsentfaltung mit wachsender Produktion, steigenden Löhnen und guter Beschäftigung. Wie waren diese guten Jahre, die der Krise vorangingen, mit dem ständig entzogenen Mehrwert und der danach ständig mangelnden Kaufkraft der Massen zu vereinbaren? Da fast alle Güter der kapitalistischen Produktion Massengüter sind, bestimmt nicht für die kleine Oberschicht der kapitalistischen Unternehmer selbst, sondern ebenso wie in der kommunistischen Planwirtschaft für die Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger, wäre die gewaltige Steigerung der Produktion, die seit Bestehen der allgemeinen Gewerbefreiheit eingetreten ist und deren sich auch die Führer der SPD und der Gewerkschaften bewußt waren, nicht zu erklären, wenn dieser Steigerung nicht eine gleichhohe Kaufmöglichkeit der Bevölkerung gegenüberstände.

Der Fehler der marxistischen Mehrwerts- und Verelendungslehre, die dem wirklichen Verlauf der Wirtschaftsentwicklung in den kapitalistischen Ländern nicht entspricht und an die die Mehrheitssozialisten deshalb schon damals nicht mehr oder doch nur noch unsicher glaubten, liegt nicht darin, daß es einen Mehrwert in Gestalt des Unternehmergewinns nicht gäbe, sondern darin, daß das güterwirtschaftliche Schicksal dieses den Mehrwert beinhaltenden Unternehmergewinns nicht weiter ver-

14

folgt wird. Tut man es, so erkennt man, daß der private Eigentümer der Betriebe mit dem ihm verbleibenden Betriebsgewinn ebenso verfährt wie der staatliche Eigentümer. Auch der kommunistische Staat oder die kommunistischen Genossenschaften geben als Eigentümer der Produktionsstätten nicht das ganze Arbeitsprodukt einschließlich Mehrwert in Form von Löhnen und Gehältern zum Konsum frei, sondern benutzen einen Teil des Arbeitsprodukts zur Vergrößerung und Verbesserung der Betriebe. Das aber tut der kapitalistische Unternehmer auch, und zwar in etwa gleicher Höhe, und verwandelt so seinen Unternehmergewinn bis auf den kleinen, für den persönlichen Verbrauch abgezweigten Teil auf dem Wege über Erweiterung der Betriebe und Vermehrung der Arbeitsplätze in neu anfallende Lohnsummen, die real und güterwirtschaftlich zu einer ständigen Verbesserung des Lebensstandards in den kapitalistischen Ländern geführt haben, trotz der steigenden Summen der Unternehmergewinne. Das war bisher der Weg der nicht sozialisierten Wirtschaft gewesen, der die große Vermehrung der Bevölkerung bei steigendem Lebensstandard aller zur Folge hatte.

Jetzt war die große Krise mit dem allgemeinen Niedergang da. Waren die guten Jahre, die bei der gleichen ungerechten Eigentumsverteilung vorangegangen waren und die auch in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg die Mehrzahl gewesen waren, nur Schein? War diese Krise eben doch die eigentliche Realität des Kapitalismus? Darüber waren sich die Mehrheitssozialisten nicht klar. Auch der Ansicht der bürgerlichen Nationalökonomen mochte man sich nicht anschließen, die behauptet hatten, die kürzeren und längeren Rückschläge, die seit Beginn des 19. Jahrhunderts den Aufschwung unterbrochen hatten, seien teils periodische Erscheinungen, die nun einmal dem kapitalistischen Wirtschaftssystem innewohnten, teils die Folge vorangegangenen wirtschaftlichen Übermuts und wirtschaftlicher Fehlentscheidungen.

Was sollte nach Ansicht der Sozialdemokraten auf die große Krise der dreißiger Jahre folgen? Wieder der Aufschwung des Kapitalismus oder doch eine Sozialisierung, zum mindesten eine Teilsozialisierung, und in der Großlandwirtschaft die Versiedlung? Wie stand es in diesem ganzen Prozeß mit dem Geld und mit dem Geldkapital? Das Hauptwerk von Marx hieß zwar

»Das Kapital«, aber es war in den Betrachtungen des Geldwerts und seiner Funktionen schwer zu verstehen und noch schwerer zu befolgen. Am Ende des kommunistischen Sozialismus sollte nach Marx die geldlose Wirtschaft mit dem allgemeinen Wohlstand stehen. Aber auch daran glaubten die Mehrheitssozialisten nicht mehr.

Wer damals mit Sozialdemokraten Gespräche über die Krise, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung führte, erfuhr die ganze bedrückende und entmutigende Schwere der gedanklichen Unklarheit. Praktisch hatten die Sozialdemokraten ebenso wie die anderen Weimarer Regierungsparteien die fünfjährige Inflation und ihren Schuldanteil daran in Erinnerung. Das sollte auf keinen Fall wiederkehren. Der Haushalt mußte mit ordentlichen, wenn auch ständig sinkenden Einnahmen ausgeglichen werden, keinesfalls mit Krediten der Reichsbank. Das verlangte auch die SPD und damit verlangte sie, im übrigen murrend, die Brüningschen Deflations- und Kürzungsnotverordnungen. Die eigentliche politische Haltung der damaligen SPD, besonders bei der tapferen Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes im März 1933, soll mit dieser Feststellung in keiner Weise kritisiert werden. Auch der SPD ging es als ganzer Partei ebenso wie Brüning und Luther in ihren hohen Ämtern. Das Schicksal hatte sie durch den Ausbruch der Krise vor wirtschaftliche Aufgaben gestellt, auf die sie gedanklich nicht vorbereitet war. Die heutige SPD mit ihrem Godesberger Programm und ihren führenden Köpfen hätte es zu einer Deflationskrise großen Ausmaßes nicht kommen lassen, jedenfalls die Krise durch den antizyklischen Einsatz des Staates bald wieder beseitigt.

Aus gleichem Grunde war damals auch die nicht parteigebundene publizistische Linke gegenüber der Deflationskrise ratlos. Es wird heute oft der Jugend gesagt, sie solle sich durch die Lektüre der alten Jahrgänge der von Tucholsky und Ossietzky herausgegebenen »Weltbühne« über die wahre Demokratie in Deutschland in den dreißiger Jahren unterrichten. Tut sie das, so erfährt sie, daß auch die Weltbühne keinen Ausweg aus den chaotisch gewordenen Zuständen aufzeigte. Jetzt war eigentlich die Bewährungsprobe für die heimatlose Linke gekommen. Sie

konnte unabhängig von linken und rechten Parteiprogrammen sagen, wie es wirklich gemacht werden sollte, damit die werktätigen Massen ein gerechtes und gesichertes Dasein hätten. Bei dem allgemeinen Elend konnte die heimtlose Linke auch mit einer breiten Resonanz ihres besseren Wissens rechnen und dafür ihre Agitationskraft und ihre gewandte Feder einsetzen. Aber, sie blieb stumm. Tucholsky und Ossietzky schrieben 1932, im Schicksalsjahr der deutschen Demokratie, überhaupt nichts über die Krise, die anderen damaligen Autoren der »Weltbühne«, Bernhard Citroen, Thomas Tarn (wahrscheinlich ein Pseudonym), Hans Erich Kaminski äußerten sich gegen die richtigen Vorschläge von Keynes, der Anfang 1932 im Hamburger Überseeklub einen Vortrag gehalten hatte, oder betrieben in ihren Artikeln »Die Krise wächst«, »Papen kann nicht zaubern« usw. einen unverhüllten Pessimismus, dem keine eigenen Vorschläge entgegengestellt wurden[62]. Manche Äußerungen dieses Pessimismus waren kommunistisch gefärbt, so daß auch der damalige Leser nicht erraten konnte, was der anonym bleibende Publizist wirklich meinte. So schrieb Thomas Tarn 1932[63]: »Es ist nicht damit zu rechnen, daß die internationale Produktionskrise gebremst werden könnte, darüber sind sich auch über die Kreise der Sozialisten hinaus die vorgeschrittenen Vertreter der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft einig ... Die Krise steht unter der Perspektive der Handelskrise. Eine nationalistische Welle geht durch die ganze Welt. Die Ideologien von 1914 finden immer stärkere Verbreitung ... Aber die Arbeiterschaft streift die reformistische Illusion ab. Die Kräfte der Linken gegen imperialistischen Krieg, Faschismus und Konterrevolution sind im Wachsen. Sie gilt es zu stärken.«

Als es darum ging, zur Verhütung eines Kabinetts Hitler die Regierung Papen nicht zu stürzen, schrieb in der Weltbühne Hans Erich Kaminski folgendes[64]: »Erhält die Präsidialregierung (gemeint die Regierung Papen) jedoch die Möglichkeit, ihr Reformwerk durchzuführen, dann wird es nachher keine Parlamentstribüne mehr geben, von der aus die Feinde der Dikta-

62 »Weltbühne«, Jahrgang 1932, S. 104 f., 191 ff., 475.
63 A.a.O., S. 194.
64 A.a.O., S. 414.

tur zum Volk sprechen können. Heute kann man in Abwandlung eines Wortes von Cavour (die schlechteste Kammer ist immer noch besser als die beste Vorkammer) sagen: ›Ein Reichstag mit Hitler ist immer noch besser als gar kein Reichstag.‹« Das war also die Meinung der »Weltbühne«, des Hauptorgans der heimatlosen Linken in den Schicksalsmonaten des Jahres 1932.

Eine andere Einstellung zu den Ursachen der Deflationskrise und zur Politik Brünings und seiner Nachfolger nahm allerdings Leopold Schwarzschild in der von ihm herausgegebenen Wochenzeitschrift »Tagebuch« ein. Man kann Schwarzschild sowohl zu den parteilich nicht gebundenen linksliberalen politischen Publizisten dieser Zeit wie zu den hervorragenden Reformern der Deflationsjahre rechnen. In seiner Wochenzeitschrift, einem Gegenstück zur Weltbühne, ebenso wie diese von linksorientierten Intellektuellen viel gelesen, kämpfte Schwarzschild schon frühzeitig mit einer Reihe von aufklärenden Artikeln für eine Eindämmung und Beseitigung der Krise durch Kreditausweitung. Schwarzschild hatte schon mit Recht den scharfen und unberechtigten Restriktionskurs der Reichsbank kritisiert, den noch Schacht vor seinem ersten Rücktritt als Reichsbankpräsident (März 1930) eingeleitet hatte. In allgemein verständlich gehaltenen Aufsätzen klärte er sowohl über die zurückliegende Inflation und ihre fälschlich zu einem Wunder erhobene Beendigung auf wie über das, was jetzt in der Deflationskrise von der Geldseite her zur Bekämpfung der zunehmenden wirtschaftlichen Lähmung praktisch geschehen müßte. In einem Artikel vom 13. Juni 1931 [65] entwarf er unter der Überschrift »Die Notverordnung, die nicht kam« einen fertigen Gesetzestext mit umfangreicher Begründung zur Ausweitung des inländischen Bankkredits und erläuterte diesen Vorschlag dann nochmals am 17. Oktober 1931 (Artikel »Inflation«) [66] unter Darlegung der Gründe, warum die zur Überwindung der Krise notwendige Kreditausweitung nicht zur Inflation führen würde, und stellte dann ein Jahr später in einem bitteren Artikel vom 23. Mai 1932 »Die Politik ist das Schicksal [67]« die traurige Ergebnislo-

65 Leopold Schwarzschild, a.a.O., S. 94 ff.
66 A.a.O., S. 148.
67 A.a.O., S. 184 ff.

78

sigkeit dieser Bemühungen und die Uneinsichtigkeit der Regierung Brüning fest. Liest man heute die Artikel von Schwarzschild, mit denen er Woche für Woche das Anwachsen der Krise und das Herannahen der innenpolitischen Katastrophe kommentierte, so hat man eine Darstellung und eine Analyse der Deflationsjahre erster Hand, die auch der geschichtliche Rückblick geschlossener nicht bringen kann. Es ist sehr zu begrüßen, daß die wichtigsten Artikel, die Schwarzschild im Tagebuch in den Jahren 1929 bis 1933 geschrieben hat, jetzt auch in Buchform vorliegen, mit einem längeren Vorwort von Golo Mann und Erläuterungen von Jens Plass. Daß Leopold Schwarzschild damals mit seiner besseren Erkenntnis in den politischen Bereichen der Linken und der Liberalen ohne hinreichenden Einfluß blieb, gehört zu unserem Unglück.

Über Brüning schrieb Schwarzschild nach dessen Entlassung (Tagebuch vom 4. Juni 1932) [68] unter anderem: »Brüning ist sich niemals klar darüber geworden, daß die faschistische Bewegung nur das Sammelbecken der täglich panischer werdenden wirtschaftlichen Nöte und Ängste war; er glaubte an die ursächliche Bedeutung der über diesen Sachverhalt gebreiteten ›nationalen‹ Ideologien. Darum suchte er diese nationalen Ideologien durch einen immer nationalistischer werdenden Kurs für sich selbst zu kaptivieren, verwickelte sich immer tiefer in den Konflikt mit Frankreich [gemeint ist der Kampf gegen Versailles. Der Verfasser] und verschärfte so, indem er gegen die ideologischen Scheinursachen des Faschismus operierte, seine materialistische de facto-Ursache, die Wirtschaftsnot. In stärkster Abkürzung ist damit alles gesagt, was von dieser unglücklichen Periode und diesem unglücklichen Mann – der trotzdem schon zum besten Kaliber deutscher Politiker gehört – überhaupt gesagt werden kann.«

Auch Hindenburgs persönlicher Bekanntenkreis, den man mit Generalität, Adel und Grüner Front umschreiben kann, hätte in der Krise von großer positiver Bedeutung sein können. Aber auch hier fehlte uns das Glück. Hätte es in diesem Kreise einige angesehene Männer mit den Ansichten gegeben, wie sie heute für die Konjunkturbetrachtung der Parteien und für die Bundes-

68 A.a.O., S. 190 ff.

bank geläufig sind, und wie sie damals von den Reformern vertreten und in Denkschriften unterbreitet wurden, so hätte das auf dem Wege über Hindenburg eine rechtzeitige Wende der Krise und damit des nationalsozialistischen Wahlerfolgs herbeiführen können. Allerdings auch nur mit der Trennung Hindenburgs von Brüning und Luther, dies aber schon 1930 oder 1931. Die alten Generäle konnten Hindenburg nicht belehren. Auch die Familienkreise des Adels waren keine Konjunkturexperten. Soweit der Adel sich um neue Gedanken gruppierte, wie im Herrenklub des Herrn v. Gleichen mit seinem jungkonservativen Anhang, waren Oswald Spengler und Möller van den Bruck, die Schöpfer ihrer Leitworte, der Tat-Kreis mit den Publizisten Zehrer und Ferdinand Fried und gewissen Älteren-Gruppen aus der deutschen Jugendbewegung ihre Ausläufer. Da ging es um höhere Dinge als um Geldumlauf und Krise. Ganze Kulturphasen und Weltanschauungen wurden gedanklich versetzt und unendliche Gespräche über die veränderte Umwelt geführt, die auch nach Ansicht dieser konservativen Romantiker ein Ende des Kapitalismus war. Die Krise und der Zerfall der bisherigen Wirtschaftsordnung erschienen diesen Kreisen ebenso wie den Kommunisten und den Nationalsozialisten als eine innere Notwendigkeit. Wie stark damals die Verbreitung auch dieser Gedankengänge war, gerade in den Schichten der idealistischen Jugend, die sich aus menschlicher Ablehnung dem Nationalsozialismus nicht anschließen wollte, weiß heute wohl nur, wer es selbst erlebt hat. Auch dies ein Ergebnis der Tatsache, daß ringsherum in der Wirtschaft alles in Scherben ging und man nicht erklären konnte, warum. Mittel und Methoden zur Krisenbekämpfung konnten weder der Herrenklub noch der Tat-Kreis anbieten.

Ein solides Denken und eine tägliche wirkliche Erfahrung in wirtschaftlichen Dingen hatten die Führer der Grünen Front, zumeist Großlandwirte wie Hindenburg selbst, nachdem seine Familie durch die Hindenburgspende wieder Eigentümer des westpreußischen ehemaligen Familienguts Neudeck geworden war. Von hierher hätte frühzeitig die Brüningsche Deflationspolitik auf dem Wege über Hindenburg verhindert werden können. Der Verfasser hat in seinem späteren Beruf als Generallandschaftssyndikus der Pommerschen Landschaft und in den

Vorständen genossenschaftlicher zentraler Kreditinstitute eine Anzahl dieser damals führenden Agrarpolitiker gut kennengelernt. Eine volkswirtschaftliche Gesamtbetrachtung der Geldseite der Wirtschaft, wie sie für die Beurteilung der Krise erforderlich war, war nicht ihr Feld. Die Vertreter der Grünen Front dachten landwirtschaftlich-betriebswirtschaftlich und mußten das als einzelne auch, wenn sie nicht mit ihrem eigenen Betrieb ein frühzeitiges Opfer der Krise, das hieß für sie des Preisverfalls der Agrarprodukte, werden wollten.

Die deutsche Landwirtschaft hatte in den Kriegsjahren und den Jahren der Nachkriegsinflation den größten Teil ihrer Schulden zurückgezahlt oder durch Entwertung der Mark verloren. Durch die Aufwertungsgesetzgebung war ein Teil der Hypothekenlast wieder aufgelebt. Die durch Krieg und Inflation unterbrochenen und nachzuholenden Investierungen führten schnell zur Neuverschuldung. Im Jahre 1929 war von der Landwirtschaft schon wieder ein Betrag von rund 10 Milliarden Reichsmark zu verzinsen und zu tilgen. Das wäre beim Weiterlauf der Konjunktur keine zu große Last gewesen, wenn auch die langfristigen Hypothekarkredite im Vergleich zur Vorkriegszeit einen hohen Zinssatz hatten. Die erststelligen landschaftlichen Pfandbriefhypotheken hatten vor 1914 einen Zins- und Tilgungssatz von insgesamt 4 bis 4,5 Prozent, nach 1924 aber von 7 bis 8,5 Prozent, die ersten wertbeständigen Hypotheken auf Roggenbasis sogar von 10 Prozent. Durch den heftig einsetzenden Preisverfall der Krise, insbesondere bei Milch- und Fleischprodukten, konnten Zins und Tilgung nicht mehr herausgewirtschaftet werden. Auf dem Höhepunkt der Krise im Sommer und Herbst 1932 kostete ein Zentner Eßkartoffeln frei Haus in den ostdeutschen Städten eine Reichsmark, ebenso ein Pfund Butter. Der Preis für die zum Verkauf kommenden Schweine war für einen Zentner Lebendgewicht von 40,– bis 50,– Reichsmark vor der Krise auf unter 20,– Reichsmark gesunken. Ein Teil der Milch fand im Sommer 1932 in den Molkereien der entlegenen Teile der Ostprovinzen überhaupt keine Aufnahme mehr. Selbstverständlich gab es auch in der Krise unter den Großgrundbesitzern tüchtige Landwirte, die trotzdem durchkamen und weder den Vollstreckungsschutz noch die anschließende Umschuldung der Osthilfe nötig hatten. Zu ihnen gehörte auch

19

Herr Schlange-Schöningen, der spätere Osthilfekommissar. Es ist aber eine Verkennung der wirklichen Gründe, wenn die seit 1930 sichtbar werdende Zahlungsschwierigkeit des Großgrundbesitzes mit einem persönlichen Versagen oder einem aufwendigen Leben der Gutsbesitzerfamilien erklärt wird, wie dies damals aus politischen Gründen geschah und leider auch Eingang in die historische Literatur gefunden hat. Das Geld der Osthilfe wurde weder »verjeut und versoffen«, so Niekisch[69], Hoegner[70], noch war die Osthilfe ein Sonderbenefiz für den östlichen Großgrundbesitz.

Wenn zunächst der in den deutschen Ostprovinzen verbreitete Großgrundbesitz zahlungsschwach wurde und das Bauerntum Ost- und Westdeutschlands erst nachfolgte, so lag dies daran, daß der Kleinbetrieb eine Zeitlang den Preisverfall mit persönlichen Einschränkungen auffangen konnte, was bei den Großbetrieben nutzlos war. Im Unterschied zu den von der Krise erfaßten gewerblichen Betrieben hielten die Großgrundbesitzer ihre Arbeiter und Fachkräfte weitgehend durch, also die Deputatarbeiter, Inspektoren, Förster, Schweizer und Schmiede. Sie konnten auch den Gesamtplan der Produktion ihrer Betriebe nicht einschränken, also plötzlich die Ställe entleeren oder die Hälfte des Ackers unbebaut lassen. Der Vollstreckungsschutz der Osthilfe und die Umschuldung, für die in den Ostprovinzen Landstellen eingerichtet wurden, war unvermeidlich. Ein ähnliches Verfahren wurde dann mit dem Schuldenregelungsgesetz des Sommers 1933 auch für die bäuerlichen Betriebe im gesamten Reichsgebiet eingeführt. Wie wenig die zwangsläufigen Unterbilanzen des Großgrundbesitzes und dann anschließend der bäuerlichen Betriebe bei den im Nominalbetrag gleichgebliebenen Schulden und stark gesunkenen Einnahmen aufs Ganze gesehen mit der persönlichen Eignung der Betriebsinhaber etwas zu tun hatten, ist dadurch erwiesen, daß die gleichen in der Krise in Not gekommenen Besitzerfamilien, die vor der Krise mit Erfolg gewirtschaftet hatten, dies auch wieder nach der Krise taten, nicht weil man sie inzwischen durch Oberleitungen und Betriebsführungen eines Besseren belehrt hatte, sondern weil die

69 Ernst Niekisch, a.a.O., S. 183.
70 Wilhelm Hoegner, a.a.O., S. 74.

20

Preise für die landwirtschaftliche Produktion wieder gestiegen waren. Bei dem Preis eines Kartoffelzentners von 2,50 bis 3,– Mark, wie er ab 1934 wieder galt, und den anderen entsprechenden Preiserhöhungen erledigte sich die ganz überwiegende Mehrzahl der östlichen Umschuldungen von selbst. Vorher, bei weiter sinkenden Preisen, geriet jeder gerade fertiggestellte Umschuldungsplan in neue Schwierigkeiten.

Schlange-Schöningen, der von Brüning zum Osthilfekommissar mit Ministerrang vorgesehen war und dazu auch am 9. November 1931 ernannt wurde, schilderte im Oktober 1931 als Gast in einer Kabinettssitzung die damalige Lage der Landwirtschaft wie folgt[71]: »610 000 Hektar des östlichen Grundbesitzes sind über 150 v. H., 1,2 Millionen Hektar über 100 v. H. des Einheitswertes verschuldet. Wird nicht eine ganz einschneidende Sofortmaßnahme getroffen, so werden die zu 150 v. H. verschuldeten Betriebe in wenigen Monaten, der Rest mit Sicherheit nächstes Jahr in geradezu tumultuarischer Weise zur Zwangsversteigerung gelangen. Das wird eine Stillegung bedeuten aus Mangel an Käufern, in den wenigsten Fällen die Wanderung des Bodens zum besseren Wirt; allenfalls zum größeren Geldsack, der einen Sommersitz schlecht und recht durch einen Beamten verwalten läßt; alle Gläubiger bis auf die I. Hypothek werden ausfallen; der Zusammenbruch wird die Masse des Mittelstandes um sein Vermögen bringen. Es handelt sich also um keine reine Agrarfrage mehr, sondern weit darüber hinaus um eine allgemeine Wirtschaftsfrage, die an der deutschen Ostfront gegenüber Polen einen eminent nationalen Charakter angenommen hat: Drei Grenzprovinzen zu versteigern!

Alle bisherigen Hilfen sind wirkungslos verpufft. Schließlich ist auch das Osthilfegesetz vom 31. März 1931, das einen Entschuldungsbedarf von 850 Millionen Reichsmark voraussetzte und das unter Mithilfe der Bank für Deutsche Industrie-Obligationen durch Vorfinanzierung auf dem ausländischen Kapitalmarkt in drei Jahren durchgeführt werden sollte, an der Unmöglichkeit, die erforderlichen Gelder aufzubringen, gescheitert. Mit halben Maßnahmen ist nichts mehr zu machen. Sie würden nur eine zwecklose weitere Verschleuderung von Mitteln sein.

71 Wilhelm Treue, a.a.O., S. 274.

21

Ich kann meine Hand zur Mitarbeit nur bieten, wenn ich erstens bevollmächtigt werde, durch eine Notverordnung den turbulenten Verfallserscheinungen sofort Halt zu gebieten, und zweitens, unter dem Schutz der wiederhergestellten Ruhe ein durchgreifendes Umschuldungsgesetz herauszubringen.« Soweit Schlange-Schöningen.

Die Landwirtschaft hat sich leider in der Deflationskrise niemals mit Energie konjunkturmäßig, sondern zumeist nur betriebswirtschaftlich gewehrt. Ihre Vertreter nahmen es hin, als Generallandschaftsdirektoren oder Leiter der genossenschaftlichen Geldzentralen wegen angeblicher Pflichtversäumnis abgesetzt zu werden. Sie hätten zu viele Kredite auf zu hohe Taxen gegeben und auch nicht rechtzeitig für die Bezahlung der Zinsen gesorgt. Der Umfang der Osthilfe, die sich auf Tausende von Betrieben bezog, und das Verfahren vor den Landstellen, das nach schneller Hilfe rief, wenn man Zwangsexekutionen und Devastierungen verhindern wollte, führten sicherlich auch dazu, daß nicht immer gleichmäßig vorgegangen wurde, schon in der Reihenfolge der Bearbeitungen. Die Aufbauschung einiger Umschuldungsfälle zu einem Osthilfeskandal, wie es damals geschah, ist aber genauso falsch, als wollte man heute wegen einiger falsch gelaufener Wiedergutmachungsfälle die ganze Wiedergutmachung zu einer politischen Fehlentscheidung erklären.

Der Vorschlag eines Referentenentwurfs, die stark überschuldeten Güter in größerer Zahl zu versiedeln, der zur Entlassung von Schlange-Schöningen führte, war weder gerecht noch wirtschaftlich sinnvoll. Erst das Ende der Krise konnte wirklich zeigen, welche Güter nicht zu halten waren. Praktisch hat sich dann herausgestellt, daß zum Beispiel von den unter landschaftlicher Zwangsverwaltung stehenden Gütern die Mehrzahl durch die besseren Agrarpreise wieder rentabel geworden war. Die großen Kosten einer Versiedlung, die mit einem langwierigen Verfahren ohne schnelle volkswirtschaftliche Gesamteffekte und fast ohne Vermehrung der Arbeitsplätze verbunden ist, machten diesen Vorschlag auch in der Durchführung schwierig[72]. Poli-

72 Nach Brüning – a.a.O., S. 574 – sollten 150 000 Siedler in zwei Jahren angesetzt werden, unter Stillegung der Böden 6., 7. und 8. Klasse wegen der »Kartoffelschwemme«, die nach Ende der Arbeitslosigkeit gar keine

22

tisch hatte der Vorschlag natürlich einen Sinn, wenn man es für nützlich hielt, konservative agrarische Machtpositionen unter Ausnutzung einer vorübergehenden Verschuldung auszuschalten. Diese Auffassung wird zum Teil von heutigen Historikern vertreten[73]. Für Schlange-Schöningen, der selbst Großgrundbesitzer war, ist eine solche politische Kalkulation sicherlich nicht das Motiv gewesen. Wahrscheinlich war er, betriebsmäßig und nicht konjunkturmäßig gedacht, davon überzeugt, daß den zu stark überschuldeten Betrieben nicht mehr zu helfen sei.

Schwemme mehr war. Die Kosten wollte Brüning durch einen weiteren 10prozentigen Gehaltsabzug bei den Beamten aufbringen, also wieder deflatorisch.

73 Karl Erich Born, »Die deutsche Bankenkrise 1931«, München 1967, S. 50.

23

Wirtschaftliche und menschliche Probleme der Arbeitslosigkeit

Die Massenarbeitslosigkeit, das sichtbarste Zeichen der großen Krise, war ein finanzielles und ein menschlich-politisches Problem.

Das finanzielle Problem hatte eine volkswirtschaftliche und eine haushaltsmäßige Seite. Brüning beschäftigte sich hauptsächlich mit der letzten, das heißt mit den Ausgaben der öffentlichen Hand für die Arbeitslosenunterstützung. Er stellte fest, daß die Ausgaben für einen Arbeitslosen geringer seien als für die staatliche Beschaffung eines Arbeitsplatzes für einen Arbeitslosen. Der Aufwand für die Arbeitslosen (Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Reichshaushalt) betrug 1932 rund 2,8 Milliarden Reichsmark. Er belastete den Reichshaushalt schwer, dessen Gesamtausgaben – ohne die Überweisungen an Länder und Gemeinden – in der Krise von 8,4 Milliarden (1928/29) auf 5,7 Milliarden (1932/33) infolge der geringeren Steuereinnahmen abgesunken waren. Die Ausgaben des Reichshaushalts und der Reichsanstalt für die Arbeitslosen übertrafen die Entlastung des Haushalts, die durch die Stundung der Young-Plan-Raten auf Grund des Hoover-Moratoriums eingetreten war, um 1 Milliarde. Die durchschnittliche Unterstützung für die Arbeitslosen, die 1930 als Arbeitslosengeld noch rund 40 Prozent ihres Arbeitseinkommens erhielten, war im Jahre 1931 auf 35 Prozent und im Jahre 1932 auf 30 Prozent ihres Arbeitseinkommens herabgesetzt worden. Hierbei bestanden Gruppenunterschiede. Es gab die eigentliche Arbeitslosenunterstützung, die nach einem halben Jahr auslief, dann die Krisenunterstützung, die ebenfalls befristet war (32 bis 58 Wochen), und auch die niedrige sogenannte Berufslosenunterstützung für Gruppen, die immer wieder arbeitslos wurden. Das Ende der Leistungen war die Aussteuerung, das heißt das Absinken des Arbeitslosen in die Sozialfürsorge. Für das Jahr 1932 kann man bei den Handarbeitern bei einem Wocheneinkommen

7

von etwa 36,– Mark eine Arbeitslosenunterstützung von wöchentlich 12,– Reichsmark ansetzen, monatlich etwa 55,– Reichsmark. Das war, auch wenn man die gesunkenen Lebenshaltungskosten berücksichtigt, hart am Ende des Auskömmlichen, bei den geringeren Fürsorgesätzen war die rein körperliche Existenz des Arbeitslosen und seiner Familie schon gefährdet. Hunderttausende von arbeitslos gewordenen Familien gaben damals ihre Wohnungen auf und zogen mit Eltern und Geschwistern zusammen. Der Kranz der Schrebergärten und Laubenkolonien um Berlin verwandelte sich in eine riesenhafte Suburb von proletarisierten Massen, die aus ihren zu teuren Wohnungen gezogen waren, mit allen moralischen und politischen Erscheinungen eines Kommunardenlebens.

Der volkswirtschaftliche Schaden der Arbeitslosigkeit, der von Brüning als Belastung nirgendwo genannt ist und vielleicht in seinem wirklichen Ausmaß von ihm auch gar nicht gesehen wurde, war ein Vielfaches der haushaltsmäßigen Belastung. Er drückte sich in dem Rückgang des Bruttosozialprodukts aus, der das Steigen der Arbeitslosenzahl begleitete. Das deutsche Bruttosozialprodukt hatte 1928 und 1929 noch rund 88 Milliarden Reichsmark betragen, im Jahre 1932 betrug es in den jeweiligen Preisen nur noch 56,7 Milliarden. Auf den einzelnen Arbeitslosen umgerechnet konnte man damals einen jährlichen Ausfall am Bruttosozialprodukt von etwa 4500,– bis 5000,– Reichsmark ansetzen[74]. Dieser Ausfall von jährlich über 25 Milliarden Reichsmark bei der schließlich erreichten Arbeitslosenzahl von 6 Millionen war die wahre Kostenrechnung der Krise. Die jährlichen 25 Milliarden Reichsmark fehlten effektiv, denn sie waren auf der Güterseite nicht erarbeitet worden. Sie waren durch keine Sparsamkeit in den Etats auszugleichen. Sie fehlten in der Lebensführung des deutschen Volkes für den Konsum der Bevölkerung, für die Investitionen und Verbesserungen der Wirtschaft, für die öffentlichen Haushalte, für Schulen, Universitäten und Krankenhäuser usw. Um diese gewaltigen Jahresbeträge verarmte damals aufs Ganze gesehen das von der Krise erfaßte

74 Nach den gleichen Relationen gerechnet käme man in der Bundesrepublik für das Jahr 1967 auf den volkswirtschaftlichen Ertrag einer Arbeitskraft von jährlich rund 15 000,– DM.

2

deutsche Volk, ebenso wie die anderen Völker mit hohen Arbeitslosenzahlen in der Krise verarmten. Diese hohen güterwirtschaftlichen Beträge waren es wiederum, die mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit ab 1933 von Jahr zu Jahr auch geldwirtschaftlich in allen Positionen des Staates und der Wirtschaft wieder anfielen. Sie erlaubten es dem Kabinett Hitler, ohne Hilfe des Auslands ein großes Aufbauwerk zu finanzieren. Daß diese Aufbaukraft politisch und auch für Aufrüstung und Krieg mißbraucht wurde, ändert nichts an ihrer Realität. Im Jahre 1937 hatte das Bruttosozialprodukt schon wieder 90 Milliarden erreicht, die Spareinlagen der Bevölkerung waren von rund 15,6 Milliarden auf fast 23 Milliarden gestiegen. Die Emissionen von Wertpapieren aller Art, die in Deutschland im Jahre 1928 rund 4,2 Milliarden betrugen und dann bis 1932 in Auswirkung der Krise auf unter 1 Milliarde gesunken waren, betrugen im Jahre 1937 schon wieder 4,6 Milliarden Reichsmark. Die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand stiegen von 10,2 Milliarden Reichsmark im Jahr 1932 auf 15,5 Milliarden Reichsmark im Jahre 1936. Alles dies waren die finanziellen Gegenposten der güterwirtschaftlichen Tatsache, daß inzwischen 4 bis 5 Millionen Arbeitslose wieder auf einem besetzten Arbeitsplatz Güter schufen. Hätte das Kabinett Brüning oder Reichsbankpräsident Luther sich einmal diese volkswirtschaftliche Rechnung der Krise und der Arbeitslosigkeit aufgemacht, so hätten sie wohl darauf verzichtet, die rechtliche Befreiung von 1,7 Milliarden jährlichen Young-Plan-Zahlungen als das übergeordnete außenpolitische Ziel anzusetzen, dem das innenpolitische Elend sich unterzuordnen hatte.

Voraussetzung für eine solche volkswirtschaftliche Gesamtbetrachtung im Tiefpunkt einer Krise ist allerdings die feste eigene Überzeugung, daß die Vollbeschäftigung auch volkswirtschaftlich das Natürliche und Mögliche ist und die Arbeitslosigkeit das Gestörte und Unnatürliche. Wer umgekehrt denkt – und das taten damals außerhalb der radikalen Umsturzparteien viele Pessimisten und auch die Weltuntergangsromantiker des Tat-Kreises – war am Ende froh, daß überhaupt noch Arbeit übriggeblieben war. Wo sollte sie, die Arbeit, so hörte man damals oft in den Gesprächen mit den jungen und alten Kulturkreisphilosophen, bei den vielen Maschinen auch herkommen.

3

Diese zutiefst pessimistische Einstellung zur Tatsache des wachsenden Wohlstandes, den uns unser Maschinenzeitalter beschert, wenn man den Wohlstand nicht durch Krisen stört, ist wohl charaktergebunden und deshalb nicht ausrottbar. Würden wir heute oder später wiederum in der westlichen Welt eine große Krise mit Massenarbeitslosigkeit bekommen, so können wir sicher sein, daß schon ein Teil der Bücher geschrieben ist, die uns nachweisen, daß es die zügellose Automatik der Betriebe war, die im Zeitalter der Computer und der Datenverarbeitungsanlagen die Menschen mit Notwendigkeit in das Elend der Arbeitslosigkeit geführt hat. Die pessimistische und die fiskalische Betrachtung des Arbeitslosenproblems kann man unter dem Begriff einer statischen Wirtschaftsauffassung zusammenfassen. Der Wirtschaftsablauf der modernen Volkswirtschaften ist aber ein dynamischer. Solange die Menschen noch den Wunsch nach mehr haben, nach einem zweiten Auto, einem gut eingerichteten Eigenheim und vielen anderen schönen Dingen, und solange sie auch bereit sind, dafür zu arbeiten, gibt es keinen Mangel an Arbeitsplätzen. Eine Begrenzung der Arbeitsplätze könnte nur von der Güterseite kommen, wenn der Acker nichts mehr hergibt und die Rohstoffe erschöpft wären. Das mag in späteren Zeiten eintreten, eine Sorge der Gegenwart ist es nicht und war es auch nicht in den Jahren der großen Krise. Nichts war deshalb volkswirtschaftlich widersinniger als der hungernde Arbeitslose auf der einen Seite und das unverkäufliche Schwein des Bauern auf der anderen Seite. Das war güterwirtschaftlich in millionenfacher Vergrößerung das Bild der Krise. Das Geld ist in der westlichen Welt ein guter und starker Motor. Wenn sich aber die Geldverflechtungen wie ein Gespinst auf den Wirtschaftsablauf legen und natürliche Produktionsvorgänge angeblich nicht mehr zulassen, muß man sich an die Vernunft der Güterseite halten. In dieser Hinsicht war die primitive Logik der Nationalsozialisten, daß Arbeit auch volkswirtschaftlich billiger ist als Nichtarbeit, dem besorgten Haushaltsdenken des Kabinetts Brüning überlegen.

Für den Historiker, der über die Weimarer Epoche schreibt, ist jedoch die menschlich politische Seite der damaligen Massen-

4

arbeitslosigkeit von noch größerer Bedeutung als die volkswirtschaftliche. Sie gibt die Antwort darauf, warum aus den rund 800 000 nationalsozialistischen Reichstagswählern des Jahres 1928 innerhalb von vier Jahren 14 Millionen wurden und aus 54 kommunistischen Reichstagsabgeordneten 100.

Wir sind heute mit Recht beunruhigt, wenn bei leichteren Rückschlägen die Zahl der Arbeitslosen 3 Prozent der arbeitenden Bevölkerung erreicht, und halten für längere Zeiten nur 1 bis 2 Prozent für tragbar. Damals waren es zusammen mit den ständig von der vollen Arbeitslosigkeit bedrohten Kurzarbeitern, deren Zahl für 1932 mit 2 bis 3 Millionen angegeben wurde, 30 Prozent der arbeitenden Bevölkerung. Das Schicksal der Arbeitslosigkeit traf den Arbeiter und Angestellten schwer. Es wurde sofort zu einem Familienschicksal. Neben der zunehmenden Verarmung, die den Schulbesuch und die Ausbildung der Kinder und auch das Durchhalten der Wohnung gefährdete, führte es zu starken inneren Spannungen und zu einem Gefühl des Verlorenseins und der Hilflosigkeit. Wenn die Entlassungen auch unverschuldet waren, so warfen sie doch für den einzelnen das Gefühl der Schuld und des minderen Werts auf. Bevor die ganzen Betriebe oder Abteilungen der Betriebe schlossen, wurde zumeist bei der Verminderung der Arbeitskräfte irgendeine Auswahl vorgenommen. Bisweilen entschloß man sich, zunächst die alten Jahrgänge zu entlassen, die in einigen Jahren dann den Anschluß an die Sozialversicherung oder, bei höheren Angestellten, an eine Pensionseinrichtung des Werkes finden konnten. Die IG-Farben Industrie entließ damals weitgehend ihre über fünfundfünfzigjährigen Chemiker und Ingenieure. Diese Altersjahrgänge über fünfzig kamen sich, wenn sie einmal arbeitslos geworden waren, als endgültig aus dem Wirtschaftsleben ausgeschieden vor. Sie waren vor Erreichung der Vollbeschäftigung (1937) weder in den Männer- noch in den Frauenberufen unterzubringen. Hier zog in der Familie eine große Hoffnungslosigkeit ein. Das Familienoberhaupt war abgesetzt und hate sich entsprechend zu verhalten, was in den Arbeiterhaushalten mit kleinen und kleinsten Wohnungen ohne Streit nicht abging. Aber auch die unter fünfzigjährigen Männer wurden in ihrer Menschenwürde durch die Entlassung schwer getroffen. Da auch die Massenarbeitslosigkeit der Krise

5

eine Addition von Einzel- und Teilentlassungen war, gab es neben den arbeitslos Gewordenen immer noch die Kollegen, die weiterarbeiten durften. Waren sie die Besseren oder nur die Glücklicheren? Das fragte sich nicht nur der Arbeitslose selbst, sondern auch seine Familie.

In unserer arbeitsteiligen Wirtschaft, die den Rückzug in einen autarken Lebensbereich mit Haus und Landwirtschaft für die Masse der Bevölkerung nicht zuläßt, ist die Arbeitsstätte nicht nur die Grundlage unserer materiellen Existenz, sondern gleichzeitig auch unserer sozialen Lebensgemeinschaft. Die Arbeitskollegen sind für unser Leben mehr als nur Kollegen der Arbeit. Aus dieser Lebensgemeinschaft wurde der Arbeitslose ausgestoßen. Er vereinsamte, auch wenn er schon morgens mit anderen Arbeitslosen die Parkbänke besetzte oder in langen Kolonnen vor den Arbeitsämtern stand oder sich vor den Zeitungsredaktionen aus den ausgehängten Tageszeitungen, die er sich nicht mehr kaufen konnte, die seltenen Anzeigen mit Stellenangeboten abschrieb. Die Arbeitslosigkeit war für den Betroffenen ein Dasein, das ihn seiner Manneswürde beraubte und von innen auffraß. In dieser Hinsicht war die Zeit der galoppierenden Geldentwertung mit dem lustigen Schiebermax und den schlechten Likören und Zigaretten für alle noch eine goldene Zeit. Man wurde zwar um seinen Lohn mit dem entwerteten Geld betrogen, aber man hatte doch in der Gemeinschaft der anderen einen Arbeitsplatz und konnte, wenn sich die Gelegenheit bot, auch einmal einen guten Tausch oder Einkauf machen und dann stolz mit der Beute als kleiner Geschäftsmann nach Hause zurückkehren.

Es ist nicht zu entscheiden, ob die Arbeiter oder die Angestellten mehr unter dem Schicksal der Arbeitslosigkeit litten. Der Angestellte konnte Bücher lesen, sich unterhalten, Vorträge und politische Versammlungen besuchen. Seine Wohnung war auch größer. Das war gegenüber dem Arbeiter ein Vorteil. Andererseits war die zunehmende materielle Verarmung und die Entfernung aus dem Betrieb und aus einem Beruf, den man oft erst nach einer vieljährigen Ausbildung erreicht hatte, für den Angestellten eine noch schwerere Zerstörung seiner Menschenwürde als für den in Wochen- oder Tagelohn tätigen Arbeiter. In der Familie der Angestellten hatte die Arbeitslosigkeit des Familien-

6

vaters zumeist auch sofort Folgen für die Berufsausbildung der Kinder. Der Arbeiter wiederum verstummte in seiner Einsamkeit und war aus der kleinen Wohnung, die ihm keinen Tagesplatz bot, auf die Straßen und die öffentlichen Plätze verdrängt. Sie waren 1932 schwarz von Menschen. Geradezu furchtbar war das Schicksal der Arbeitslosigkeit für die Jugend. Es ist wohl das größte Glück unserer Zeit, daß auf jeden heranwachsenden jungen Menschen das Leben wartet, woran der Numerus clausus für einige Hochschulfächer nichts ändert. Daß auch dieses Glück die Unzufriedenheit der geistig beweglichen Jugend nicht ausschließt, zeigen zur Zeit die Studenten aller Länder. Damals war aber jeder sich dem Leben der Erwachsenen nähernde Jugendliche unerwünscht. Er war ein Mensch zuviel. Das wurde schon dem Lehrling gesagt, wenn er überhaupt noch eine Lehrstelle erhielt. Eine Anstellung als Geselle bekam er nicht. Es galt für die Referendare, wenn sie durch die immer enger gestellte Pforte des Examens durchgekommen waren. Die Mehrzahl der Assessoren mußte ohne ein bezahltes Kommissorium arbeiten oder der Arbeit der noch bezahlten Assessoren zusehen. Die Brüningschen Sparsamkeitsgedanken, mit denen Brüning die Krise zu bessern gedachte, trieben gerade bei der akademischen Jugend ihre bitteren Früchte. Ab 1930 gab es keinen akademischen Bereich mehr, der nicht schon den Abiturienten und Studenten als hoffnungslos übersetzt erklärt wurde. Es gab zu viele Ärzte, Ingenieure, Chemiker, Juristen, Philologen, Lehrer, Landmesser usw.

Oft traf das Unglück der Arbeitslosigkeit die ganze Familie, Vater, Mutter, Sohn und Tochter. Die aus Fabriken, Kaufhäusern und Kontoren entlassenen Töchter gingen, wenn keine feste Hand sie davor beschützte, in den großen Städten vielfach ungrade Wege, um die geringe Arbeitslosenunterstützung etwas aufzubessern. Ein Teil der männlichen Jugend und der noch unverheirateten Jahrgänge zog auf die Wanderschaft. Für 1932 wird die Zahl der wandernden Arbeitslosen auf 400 000 geschätzt. In den Grüngürteln und den Gärten der Großstädte entstand ein Bandenwesen, das der Polizei viel zu schaffen machte. Die prozentual hohe Arbeitslosigkeit unter den jungen Negern in den Großstädten der USA zeigt uns heute die moralischen Aspekte, die mit jeder Dauerarbeitslosigkeit verbunden sind.

Man kann das Problem der Arbeitslosigkeit nicht ernst genug nehmen. Es ist in den modernen arbeitsteiligen Industriegesellschaften ein Problem, von dem der wirtschaftliche Teil nur die kleinere Hälfte des Ganzen ist. Jedes darüber Hinwegreden ist unerlaubt. Die Ansicht mancher Volkswirte und Arbeitgeber, daß ein kontinuierlicher Überhang von Arbeitssuchenden vorhanden sein müsse, um uns vor Überhitzung und Preissteigerungen zu schützen, ist denkbar unsozial. Man kann den Vertretern dieser Ansicht nur wünschen, daß sie selbst oder ihre Söhne und Töchter einmal zu diesem Überhang gehören, der nach Lehrbuchansicht die Konjunkturen so schön ausgleichen soll. Es ist zwar richtig, daß das Fehlen der Arbeitslosigkeit, also die Vollbeschäftigung, auch Nachteile bringt, die neben dem Preisauftrieb den Fleiß und die Arbeitsmoral betreffen. Diese Nachteile sind aber in keiner Weise mit den wirtschaftlichen und menschlichen Schäden der Arbeitslosigkeit zu vergleichen.

Wer in der großen Krise oder in den Jahren danach Gespräche mit Männern führen konnte, die die Arbeitslosigkeit persönlich erleiden mußten, oft mehrere Jahre hindurch, weiß, um welchen Einbruch in ihr Leben es sich dabei gehandelt hat. Es war eine verhängnisvolle Verblendung der Weimarer nichtradikalen Parteien und ihrer führenden Männer, daß sie diesen Einbruch in das Leben des deutschen Volkes nicht als die größte Gefahr erkannten, der gegenüber die finanziellen und außenpolitischen Probleme unterzuordnen waren.

Von den 14 Millionen nationalsozialistischen Reichstagswählern des Sommers 1932 hatten sicherlich nicht einmal 5 Prozent Hitlers »Mein Kampf« oder andere Schriften gelesen, die das Parteiprogramm der NSDAP erläuterten. Die neuen nationalsozialistischen Reichstagswähler waren auch keine Antisemiten. Sie wählten die NSDAP, so wie 3 bis 4 Millionen andere Deutsche damals zusätzlich zu den alten kommunistischen Mitgliedern die KPD wählten, weil sie aus der Krise herauswollten und auf die nicht-radikalen Weimarer Parteien keine Hoffnung mehr setzten. Es wäre für Deutschland und die Welt besser gewesen, wenn Hitler als Reichskanzler später diese Hoffnung enttäuscht hätte. Weil sein Kabinett sie aber erfüllte, auf schnellem Wege und mit einfachen Mitteln, die auch Brüning hätte einsetzen können, wurden aus den Wählern der NSDAP dankbare Natio-

nalsozialisten, die nunmehr Jahre hindurch für richtig hielten, was Hitler anordnete. Ohne diese Dankbarkeit der Massen, die nach 1933 wieder einen Arbeitsplatz gefunden hatten, hätte Hitler seine außenpolitischen Abenteuer und seinen innenpolitischen Terror nicht wagen können. Man kann nicht beweisen, was aus der NSDAP geworden wäre, wenn es die Weltwirtschaftskrise nicht gegeben hätte. Vielleicht hätte sie auch dann ihren Tiefstand des Jahres 1928 mit 2,6 Prozent der abgegebenen Stimmen und 12 Reichstagsabgeordneten überwunden. Aber mit voller Sicherheit kann man sagen, daß die NSDAP es niemals zu einer politischen Stärke gebracht hätte, die dem Bestand der Weimarer Republik gefährlich werden konnte. Dazu hatten Hitler und die NSDAP zu viele natürliche Feinde. Außer den Kommunisten und den organisierten Mehrheitssozialdemokraten waren es das katholische Zentrum, das aufgeklärte Literaten- und Freimaurertum, die jüdischen Kreise und auch die Konservativen und Deutschnationalen alter Art, Großgrundbesitz, größeres Bauerntum, Adel und Reichswehrführung. Um durch diese starke Mauer einer Abwehr von Gegnern, die Hitler selbst dazu machte, weil er sie ständig angriff, eine Bresche zu schlagen, bedurfte es eines alles aus den Fugen reißenden Vorgangs, wie es die Deflationskrise mit ihren Arbeitslosenheeren war.

Die Überwindung der Krise in Deutschland und in den USA durch das Programm der Reformer

Es ist heute anerkanntes Wissen, daß die Weltdeflationskrise der dreißiger Jahre bei richtigem antizyklischen Verhalten der Staaten und der Notenbanken nicht hätte zu kommen brauchen und, wenn gekommen, jedenfalls früher zu beseitigen gewesen wäre. Auf diesem Wissen beruht der heutige Wohlstand des Westens, in dem es nach 1945 nicht wieder zu einer großen Wirtschaftskrise gekommen ist, mit der der Kommunismus rechnete. Schacht brauchte für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, wie schon erwähnt, 12 Milliarden Mefo-Wechsel, von denen aber immer nur ein Teil, niemals mehr als die Hälfte in Reichsbankgeld umgewechselt wurde. Der deutsche Bargeldumlauf insgesamt (Reichsbanknoten, Rentenbankscheine und Scheidemünzen) stieg von Ende 1932 bis Ende 1937 von rund 5,6 Milliarden auf rund 7,5 Milliarden, der Index der Großhandelspreise in derselben Zeit von 93 auf 106, der Index der Lebenshaltungskosten von 118 auf 126. Durch den zusätzlichen staatlichen Geldeinsatz, der nötig war, um die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrise zu beseitigen, waren also noch nicht einmal die seit 1929 in der Krise eingetretenen Preiseinbrüche beseitigt. Die Großhandelspreise hatten 1928 einen Index von 140, die Lebenshaltungskosten von 152 gehabt. Von einer inflationistischen Geldentwertung, der ständigen Angst Brünings und Luthers bei einer Finanzierung der Arbeitsbeschaffung mit Hilfe der Reichsbank, war also keine Rede.

Man kann hinterher nicht sagen, welchen Betrag Brüning und Luther gebraucht hätten, wenn sie selbst und nicht erst das Kabinett Hitler ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm finanziert hätten. Im Jahre 1930 war der Betrag jedenfalls geringer als 1931 und 1931 geringer als 1932. Die Summe als solche brauchte, worauf schon hingewiesen ist, im vornherein nicht festzustehen. Ihre etwaige Überdosierung und damit inflationistische Wirkung war jederzeit an der Preisentwicklung abzu-

7

lesen und deshalb durch Einstellung weiterer Finanzierungen unter Kontrolle zu halten. Auch bei Brüning wäre es sicherlich so gewesen, daß eine Anhebung der Großhandelspreise um 15 Prozent genügt hätte, um die Eigenbewegung der Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Es hätte aber auch nichts geschadet, wenn bei vorheriger Herabsetzung des Wechselkurses entsprechend der Herabsetzung des Wechselkurses für das englische Pfund die Preiseinbrüche, die seit 1928 in Deutschland eingetreten waren, noch stärker ausgeglichen worden wären. Dann wären die Bilanzen der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe noch schneller ohne umständliche Umschuldungsverfahren in Ordnung gekommen.

Die besondere Vorsicht, die Schacht mit der Finanzierung der Großaufträge durch Mefo-Wechsel statt durch Reichsbankgeld walten ließ, kam den formalen Bestimmungen des Reichsbankgesetzes entgegen, materiell war sie in heutiger Sicht nicht nötig. Die Mefo-Wechsel waren der Sache nach ein langsam kursierendes Großgeld. Durch die Einlösungszusage der Reichsbank und die mehrjährige Prolongation hatten die Mefo-Wechsel für den Empfänger Geldcharakter, durch den Diskont wiederum eine Verzinsung, die zum Festhalten der Wechsel anreizte. Das war, wie auch die Finanzierungsmethode durch Steuergutscheine, von der Reichsbank unter ihrer neuen Führung geschickt ausgedacht. Trotz großer Staatsaufträge wurde dadurch der echte Bargeldumlauf klein gehalten. Nötig zur Vermeidung einer zu schnellen und nicht mehr kontrollierbaren Preiserhöhung war diese Vorsicht nicht. Man hätte zur Erhöhung der Vollbeschäftigung die Staatsaufträge auch stärker unmittelbar mit Reichsbankgeld finanzieren können. Die ungenutzte Produktions- und Arbeitskapazität der deutschen Wirtschaft war Ende 1932 bei über 6 Millionen Vollarbeitslosen und einem Rückgang des Bruttosozialprodukts von 88 Milliarden Reichsmark im Jahre 1928 auf 56,7 Milliarden Reichsmark im Jahre 1932 so groß, daß ein starker zusätzlicher Geldeinsatz zur Erreichung der Vollbeschäftigung ohne Gefährdung der Preise zulässig war[75].

75 Nach dem Quantitätsgesetz des Geldes, das ein Marktgesetz ist, kommt es fürdie preistreibende Wirkung der Geldvermehrung entscheidend darauf an, ob sich gleichzeitig das Güter- und Dienstleistungsangebot erhöht. Vgl. hier die entsprechenden Zahlen für die Geldvermehrung in der Bundes-

2

Die vielen Vorschläge der Reformer, von denen in Deutschland ein Teil nach 1933 zum Zuge kam und die in Parallele standen zu den Maßnahmen, die Roosevelt gleichzeitig in den USA mit dem New Deal verwirklichte, sind niemals systematisiert worden. Insgesamt haben sie in Deutschland und in den anderen westlichen Ländern, vor allem auch in den USA, zu dem heutigen sicheren Stand der Konjunkturbeobachtung und Konjunkturbeeinflussung geführt. Dies geschah vor allem in Deutschland gewissermaßen unter der Hand, ohne unmittelbare Auseinandersetzung mit den Irrtümern der Vergangenheit und ihren persönlichen Vertretern, die vielfach in ihren akademischen, staatlichen und publizistischen Positionen und auch in den Direktorien der Zentralbanken den Wandel der Anschauungen überlebt haben.

In Deutschland wurde nach 1933 alles, auch die Währungs- und Wirtschaftswissenschaft, durch die nationalsozialistische Politik überdeckt. Die gänzlich unwissenschaftliche Einstellung des Nationalsozialismus, die jeden wirtschaftlichen Erfolg auf die persönliche Fähigkeit Hitlers und seiner Unterführer abstellte, verhinderte nach 1933 eine allgemeine Berichtigung der Währungs- und Konjunkturlehre. Schacht, dem Hitler aus Instinkt, nicht aus eigenem Wissen mehr vertraute als dem nationalsozialistischen Geldexperten Gottfried Feder, der sich in Vorstellungen von einem zinslosen Giralgeld verfangen hatte, handelte bei der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung richtig. Niemand hätte aber damals öffentlich sagen dürfen, daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit auch ohne Hitler und den Nationalsozialismus mit den gleichen Mitteln erreichbar gewesen wäre. So kam aus den politischen Gründen keine geordnete wissenschaftliche Ausbeute zustande, wenigstens nicht öffentlich und akademisch. Das machte es möglich, daß Schacht Hitler und seine Regierung jahrelang falsch beraten konnte, als es um die Frage des Wechselkurses ging.

Der Abwertung des Pfundes und der Währungen des sogenannten Pfundklubs im Herbst 1931 folgten im April 1933 die USA mit den südamerikanischen Staaten und bis Ende 1935

republik seit der Währungsreform im Kapitel »Probleme der Geldentwertung in der Gegenwart«, S. 43 ff.

3

dann alle anderen Länder. Dadurch war im Wechselkurs der Währungen aller dieser Länder das alte Verhältnis wiederhergestellt. Nur Deutschland beharrte auf Anraten Schachts auf dem alten Kurs der Reichsmark, so daß Deutschland damals wechselkursmäßig völlig isoliert war und zum teuersten Land der Welt wurde. Der Wechselkurs des Pfundes betrug rund 12 Reichsmark, der Wechselkurs des Dollar 2,40 Reichsmark. Das war durch das Verhältnis der innerdeutschen Preise zu den Preisen in England und Amerika nicht gerechtfertigt. Die durch den Wechselkurs künstlich herbeigeführte Überteuerung aller deutschen Exportwaren betrug mindestens 30 Prozent. Das hatte zur Folge, daß Deutschland bei voll in Gang gekommener innerer Wirtschaft seinen Außenhandel nur über ein mühevolles Gestrüpp von behördlichen Exportzuschüssen und Ware-gegen-Ware-Kompensationen abwickeln konnte. Das Ergebnis war ein völliges Darniederliegen des deutschen Außenhandels, während alle anderen Produktionsziffern in Deutschland bis 1937 wieder den Stand von 1928, dem letzten Jahr vor der Krise, erreicht hatten. Deutschlands Ausfuhr, die 1928 rund 12,2 Milliarden Reichsmark betragen hatte und noch 1932 5,7 Milliarden Reichsmark betrug, sank nach der allgemein gewordenen Abwertung der anderen Valuten 1934 auf rund 4,1 Milliarden Reichsmark und stieg dann trotz aller forcierten Kompensationsbemühungen mit politischem Druck und den ins Ausland reisenden Handelsdelegationen bis 1937 nur auf rund 4,8 Milliarden Reichsmark. Der prozentuale Anteil Deutschlands am Welthandel, der 1929 in der Ausfuhr noch 9,9 Prozent betragen hatte, betrug 1936 nur noch 6,8 Prozent.

Die sich daraus ergebenden ganz unzulänglichen Einfuhrmöglichkeiten hatten drakonische Devisenstrafbestimmungen (bis zur Todesstrafe) zur Folge. Sie nährten auch die politisch verhängnisvolle Überzeugung, daß es gegen Deutschland einen Weltboykott gebe und daß das deutsche Volk, um überhaupt existieren zu können, einen autarken Lebensraum brauche. Die äußerste Devisenknappheit verhinderte natürlich auch die Transferierung der Auswandererverm ögen und auch den Transfer der Zinsen und des Tilgungsdienstes für die privaten deutschen Auslandsschulden von rund 25 Milliarden Reichsmark. Die Zahlungen an die innerdeutsche Konversionskasse wurden

von den ausländischen Gläubigern mit Recht nicht als genügend anerkannt. Dadurch ergaben sich Gegenmaßnahmen des Auslands, die teilweise zur Beschlagnahme deutscher Exporterlöse führten, was wiederum die Umbildung der normalen Ausfuhr in einen umständlichen Ware-gegen-Ware-Tausch beschleunigte. Das alles hatte seinen Ausgang in dem Beharren auf einem Wechselkurs der Reichsmark, der durch die Abwertung der anderen Währungen falsch geworden war. Schacht stellte sich in dieser Hinsicht keiner Diskussion. Eine wissenschaftliche Erörterung der Frage in den Handelsteilen der großen Zeitungen oder in den Fachzeitschriften wurde nicht gewagt. Der Wechselkurs war wieder, wie schon unter Brüning und Luther, fälschlicherweise zum alleinigen Merkmal der deutschen Geldwertstabilität geworden. Mit Hitlers jährlich wiederholtem Satz: »Die deutsche Währung aber bleibt stabil« wurde die Angleichung des deutschen Wechselkurses an das allgemeine Wechselkursniveau bis zum Ausbruch des Krieges abgelehnt.

Schachts Verhalten in dieser Frage war so unverständlich, daß im Ausland die Vermutung aufkam, Schacht habe auf diese Weise den gesamten Außenhandel in den Dirigismus des Wirtschaftsministeriums ziehen wollen, weil niemand mehr in Deutschland ohne die amtliche künstliche Verbilligung, die durchschnittlich 25 Prozent betrug, etwas exportieren und ohne die amtliche Devisenzuteilung etwas importieren konnte. Eine Information über Schachts wirkliche Gründe zu erhalten, gelang damals dem Verfasser nicht, der, schon in Bankleitungen tätig, sich mit Eingaben für eine Änderung des Wechselkurses einsetzte. Nach Kriegsende hat Schacht in seinem 1949 erschienenen Buch »Mehr Geld, mehr Kapital, mehr Arbeit« eine überraschend einfache und überraschend falsche Erklärung gegeben, die er auch in einem Brief an den Verfasser vom 28. November 1965 aufrechterhielt. Der Hauptgrund sei die deutsche Auslandsschuld von rund 25 Milliarden Reichsmark gewesen. Sie hätte sich, weil auf fremde Valuten (zumeist auf Dollar, Pfund und holländische Gulden) lautend, durch die Wechselkursabwertung der Gläubigerländer um 5 bis 6 Milliarden verringert. Diesen Gewinn hätte man wieder preisgegeben, wenn Deutschland sich der Abwertung angeschlossen hätte.

Das war, welch ein Irrtum, doch nur ein Gewinn im Notiz-

buch, denn das Festhalten an der alten Goldparität der Reichsmark verhinderte es gerade, zu den Ausfuhr- und Devisenerlösen zu kommen, mit denen Deutschland seine Auslandsschulden unter Realisierung des Wechselkursgewinns hätte zurückzahlen können. Die innerdeutschen Zahlungen an die Konversionskasse waren keine Schuldentilgung, was die Bundesrepublik nach Kriegsende im Londoner Schuldenabkommen anerkennen mußte. So verschieden sonst Schacht und Luther operierten, in der Ablehnung der Wechselkursänderung trafen sie sich. Für Luther war auch einer der Ablehnungsgründe die deutsche Auslandsschuld gewesen, die sich in seiner Berechnung bei einem Anschluß an die Pfundabwertung um 30 Prozent erhöht hätte. Für Schacht war es der angeblich schon gemachte Gewinn, den er durch Anschluß an die Abwertungen der Gläubigerländer nicht verlieren wollte. Dieser Irrtum Schachts hinsichtlich des Wechselkurses ändert aber nichts daran, daß Schacht zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur Beendigung der Wirtschaftskrise ein erfolgreiches Finanzierungsprogramm durchgeführt hat.

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Beendigung der Wirtschaftskrise durch die Maßnahmen des Kabinetts Hitler werden bisweilen bestritten. Es wird eingewandt, daß diese innenwirtschaftlichen Erfolge nur ein Ergebnis der Aufrüstung gewesen seien und daß im übrigen die Weltwirtschaftskrise ab 1933 ohnehin ihrem Ende entgegenging.

Beide Einwände sind nicht begründet. Die Zahl der Arbeitslosen betrug in Deutschland, jeweils Anfang des Jahres, 1933 = 6,013 Millionen, 1934 = 3,772 Millionen, 1935 = 2,973 Millionen, 1936 = 2,520 Millionen, 1937 = 1,853 Millionen und 1939 = 301 000[76]. Schon im Jahre 1933 war die Zahl der Arbeitslosen um rund 2¼ Millionen gesunken. Der Rückgang

76 Im Arbeitsamtbezirk Stettin ging die Zahl der Arbeitslosen zurück von: 53 400 Ende 1932 auf 33 300 Ende 1933 und 13 900 Ende 1934. – Die aufgelegte Tonnage, die in Stettin am 1. Mai 1933 31 200 Tonnen betrug = ein Drittel der Gesamttonnage, ging bis zum 1. Oktober 1934 auf 5800 Tonnen zurück. In der Krise hatte sich die Stettiner Gesamttonnage, die 1925 rd. 180 000 Tonnen betrug, durch Notverkäufe und Zwangsversteigerungen auf 116 000 Tonnen am 1. Januar 1933 vermindert (einschließlich der stillgelegten Tonnage).

der Weltarbeitslosigkeit im Jahre 1933 von 28 auf 24 Millionen, mit dem begründet werden soll, daß die Weltwirtschaftskrise damals ohnehin ihrem Ende entgegenging, entfiel je zur Hälfte auf Deutschland und die USA durch die in beiden Ländern ergriffenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Das Wehrgesetz wurde erst im März 1935 erlassen; die ersten Einberufungen erfolgten am 1. Oktober 1935. Im März 1935 hatte schon mehr als die Hälfte der Arbeitslosen wieder Arbeit gefunden. Es ist kein Zweifel, daß diese schnellen Erfolge dem massiven Einsatz von staatlich finanzierten Arbeitsbeschaffungsprogrammen als einer Initialzündung zu verdanken waren und bei gleicher Entschlossenheit auch vom Kabinett Brüning zu erzielen gewesen wären.

Das erste Arbeitsbeschaffungsprogramm, das die Reichsbank unter Schacht mitfinanzierte, war das sogenannte Reinhardt-Programm (Reinhardt war Staatssekretär im Reichsfinanzministerium). Es sah vor allem eine Belebung der Bauwirtschaft durch Ausbesserungs- und Erneuerungsarbeiten an Häusern und Fabriken vor. Hierfür stellte die Reichsbank einen Betrag von 1 Milliarde zur Verfügung. Das anschließende Programm bezog sich schon auf die Reichsautobahn mit einem Anfangskredit der Reichsbank von 600 Millionen Reichsmark, der aber aus dem Reichsetat abgedeckt werden sollte. Zusätzlich wurden überall in den Provinzen und Kreisen liegengebliebene Arbeiten der öffentlichen Verwaltung wieder aufgegriffen. Ende Februar 1933 wurde eine Verordnung über die Übernahme von Reichsbürgschaften für die Instandsetzung von Wohnungen und Wirtschaftsgebäuden erlassen, am 31. Mai 1933 wurden die Maßnahmen, die auch Ehestandsdarlehen enthielten, in einem Arbeitsbeschaffungsgesetz zusammengefaßt. Insgesamt wurden 1933 für Zwecke der unmittelbaren Arbeitsbeschaffung rund 3,8 Milliarden Reichsmark bereitgestellt, wovon 1,5 Milliarden Reichsmark auf das erste und zweite Reinhardt-Programm und 1,1 Milliarden Reichsmark auf Reichsbahn und Reichspost entfielen, der Rest auf das noch nicht abgewickelte Papen-Programm. Die Finanzierung erfolgte überwiegend durch Vorgriff auf künftige Steuereingänge über Arbeitsbeschaffungs-

wechsel der öffentlichen Institute als Träger (Bahn, Post, Öffa = Reichsanstalt für öffentliche Arbeiten) und nur zum kleineren Teil unmittelbar aus Haushaltsmitteln. Innerhalb der Arbeitsbeschaffungswechsel machten sehr bald die sogenannten Mefo-Wechsel den Hauptbetrag aus. Unter dem Titel Metallforschungsgesellschaft hatten auf Anregung von Schacht vier große Industriefirmen (Krupp, Siemens, Rheinmetall und Gute Hoffnungshütte) eine G.m.b.H. gegründet. Diese G.m.b.H. akzeptierte die Wechsel, die vom Reich verbürgt wurden. Die jeweiligen Wechselinhaber konnten die Dreimonatswechsel auf insgesamt fünf Jahre verlängern (also neunzehnmal). Für die ganze Laufzeit galt ein Diskont von 4 Prozent. Von den Mefo-Wechseln wurden insgesamt 12 Milliarden ausgegeben, davon 1934 = 2,1 Milliarden, 1935 = 2,7 Milliarden, 1936 = 4,5 Milliarden und 1937 = 2,1 Milliarden. Zur Umwandlung in Reichsbankgeld durch Einreichung der Wechsel zum Diskont ist niemals mehr als die Hälfte gekommen. Da die Einnahmen des Reiches aus Steuern und Zöllen von 6,6 Milliarden im Jahre 1932/33 auf 17,7 Milliarden im Jahre 1938/39 stiegen, erschien auch eine Rückzahlung der Mefo-Wechsel aus Haushaltsmitteln geordnet. Insgesamt handelte es sich bei den von Schacht zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Beendigung der Krise eingesetzten Mitteln um ein antizyklisches Instrumentarium, das heute mit Selbstverständlichkeit gehandhabt würde, wenn es um die Beseitigung von Wirtschaftsdepressionen und Arbeitslosigkeit geht.

Der Haupteffekt der staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bestand in seiner Initialzündung, nicht etwa in dem Herausfinden neuer bisher unbekannter Arbeitsplätze. Die über 6 Millionen Arbeitslosen des Winters 1932/33 hatten, bevor sie arbeitslos geworden waren, ihren normalen Arbeitsplatz in der Wirtschaft als Arbeiter oder Angestellter gehabt. Diese Plätze, die durch den unterbrochenen Geldumlauf der Krise, güterwirtschaftlich ausgedrückt durch die unterbliebenen Auftragserteilungen, beschäftigungslos geworden waren, wieder zu besetzen, war Sinn und Zweck der staatlichen Initiativprogramme, nicht etwa die Schaffung von künstlichen Arbeitsplätzen in sogenannten Notstandsprogrammen, Moorentwässerungen usw. Hiermit mußte aber bei der Schwere der Krise initiativ begonnen

werden. In den USA nahmen in dem New-Deal-Programm des demokratischen Präsidenten Roosevelt die Maßnahmen einen ähnlichen Verlauf mit gleichem Erfolg. Im Mai 1937, als sich der Verfasser für einen Monat in den USA aufhielt, war auch dort die Krise äußerlich nicht mehr sichtbar, aber in dem, was sie angerichtet hatte, nicht vergessen und noch überall im Gespräch[77].

77 Der damalige deutsche Generalkonsul in Chicago erzählte Einzelheiten von den widersinnigen Ergebnissen, zu denen auch in den USA die Krise für die Bevölkerung geführt hatte. In den Schlachthöfen von Chicago wurden die von den Farmern eingetriebenen, aber unverkäuflichen Viehmengen notgeschlachtet und vergraben. Als die Arbeitslosen Chicagos sich daran machten, dieses Fleisch wieder auszugraben, wurde dies auf Protest des Fleischergewerbes verhindert. Dann zogen die Arbeitslosen dem vergrabenen Vieh die Felle ab, um sie als Leder zu verwerten. Um auch das auf Protest des Ledergewerbes unmöglich zu machen, zerschnitt man vor dem Eingraben die Felle. Als auch das nichts nützte, hat man das getötete Vieh auf Dampfer verladen und im Michigansee ausgekippt.

9